

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund  
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 u. 5647.

Nummer 44

Berlin, den 1. November 1930

5. Jahrgang

## Arbeitszeit-Verkürzung eine Notmaßnahme.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund forderte in der vom Bundesausschuß einstimmig angenommenen Entschließung vom 13. Oktober eine gesetzliche vierzigstündige Arbeitswoche solange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung.

Die Arbeitsmarktlage in Deutschland wird immer bedrohlicher für den Staat und für das Wirtschaftsleben. Die schwierige Finanzlage des Staates führte zur Einschränkung seines Zuschusses für die Arbeitslosenversicherung, die Sozial- und Wohlfahrtskassen steigen. Kommunen brechen zusammen. Die Betriebe bekommen immer weniger Aufträge. Es muß also etwas geschehen; denn talentlos zusehen, wäre ja ein Verbrechen und würde den Zusammenbruch beschleunigt herbeiführen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund will mit seiner Forderung eine Maßnahme gegen die wirtschaftliche, menschliche und seelische Not durchgeföhrt sehen und ruft deshalb dem Staat die Mahnung zu, auf gesetzlichem Wege einzugreifen und den Anfang mit der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche zu machen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bereits den Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit im Reichstag eingebracht, weil die Not und die Zeit drängt. Entschieden ist darüber noch nicht. Aber mit dem Erheben der Forderung ist die Arbeitszeitverkürzung in Deutschland wieder einmal aufgerollt und die große Öffentlichkeit ist gezwungen, dazu Stellung zu nehmen.

Einfach ist die Lösung dieser Frage gerade nicht, und man darf nun nicht so rechnen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit um das geforderte Sechstel auch die Ermäßigung der Arbeitslosenlöhne in der gleichen Höhe nach sich ziehen würde; aber all die Schwierigkeiten und die auch damit verbundenen Nachteile dürfen in keiner Weise das Hindernis sein, nichtachtend an den Erfordernissen vorbeizugehen. Vor allem muß auch das Ueberstundenwesen beseitigt werden.

Das Institut für Konjunkturforschung hat sich bereits mit dem Problem befaßt und Berechnungen angestellt. Bei seinen Untersuchungen berücksichtigt es allein die in der Industrie beschäftigten Arbeiter, deren Zahl gegenwärtig 10,5 Millionen beträgt, wovon 2,3 Millionen Arbeitslose und etwa 1,8 Millionen Kurzarbeiter in Abzug gebracht werden müssen. Die Arbeitszeitverkürzung würde demnach nur 6,4 Millionen Vollbeschäftigte betreffen. Bei Herabsetzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden wäre es rein rechnerisch möglich, Beschäftigung für anderthalb Millionen Arbeitskräfte zu schaffen. Das Konjunkturinstitut schildert dann die Reibungsschwierigkeiten, die sich bei der Einstellung von Arbeitslosen im Falle der Arbeitszeitverkürzung ergeben müßten, vor allem infolge der geringen Beweglichkeit der Arbeitskraft von einem Ort und von einem Berufsweig zum anderen, um zum Schluß zu gelangen, daß bei Verkürzung der Arbeitszeit „erheblich weniger“ als 1½ Millionen Arbeitskräfte eingestellt werden könnten. Die Wichtigkeit dieser Schlussfolgerung kann sicherlich zugegeben werden. Nehmen wir aber an, daß bei Verkürzung der Arbeitszeit infolge jener Reibungsschwierigkeiten die theoretisch berechnete Zahl von 1½ Millionen bei weitem nicht erreicht werden kann, nehmen wir an einen Abstrich von 50 Proz., so drängt sich die Frage auf: Ist es nicht ein erstrebenswertes Ziel, 750 000 Erwerbslose durch Arbeitszeitverkürzung in Brot zu setzen? Gewiß bleibt dann immer noch ein großes Heer von Arbeitslosen, deren Unterbringung in der Produktion teils mit anderen Mitteln versucht werden muß, teils allerdings längere Zeit hindurch überhaupt nicht möglich ist. Diese Tatsache spricht aber nicht gegen, sondern gerade für die Arbeitszeitverkürzung.

Der Internationale Gewerkschaftsbund nimmt in seinen Presseberichten auch zum Beschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Stellung und äußert:

„Infolge der scharfen Wirtschaftskrise und der in den technisch fortgeschrittenen Ländern ungeheuer gesteigerten Produktionskapazität ist jedoch das Arbeitszeitproblem in erster Linie zu einer — radikalere Maßnahmen erfordernden — nationalen Frage geworden. Es geht nicht mehr allein um die Verkürzung der Arbeitszeit an sich, sondern um das Los des ganzen Wirtschaftskörpers. Deshalb ist es begreiflich, daß gerade die Gewerkschaften des wirtschaftlich am härtesten getroffenen Landes den Sprung in die vierzigstündige Woche für die Zeit notwendig halten. Diese Forderung ist für die allseitig auf dem Boden der Sachlichkeit stehende deutsche Landeszentrale kein Schlagwort, sondern wirtschaftliche Erkenntnis. Dies zeigt mit aller Deutlichkeit der Ernst des Augenblicks und die Grundlichkeit, mit der die speziell zur Beiprechung der Wirtschafts- und Finanzkrise einberufene Ausschusskommission des ADGB das ganze Problem behandelt und diese besondere Maßnahme begründet hat.“

Sa, so ist es: Es geht nicht nur um das Schicksal der vorhandenen und noch in diesem Winter hinzukommenden Arbeitslosen und ihre Familien, und nicht nur um die ungeheure große zermürbende seelische Last, die dieser Zustand mit sich bringt, sondern es geht um das Los des Wirtschaftskörpers. Neben den Gewerkschaften haben sich auch andere Kreise bereits mit den Forderungen der Gewerkschaften auf die vierzig-

Stundenwoche befaßt, darunter die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Sie setzte eine Kommission ein, die einen Beschluß ausarbeitete, in dem u. a. zu lesen ist: „Dabei wird durchaus zugegeben, daß der Vorschlag der Gewerkschaften für einzelne Betriebe akzeptiert werden könne. Die Entscheidung könne aber nur nach den jeweiligen Betriebs- und produktionstechnischen Bedingungen getroffen werden.“ Zu einem kleinen Zugeständnis ist also die Arbeitgebervereinigung schon bereit. Auch einzelne Unternehmer haben in dieser Frage zustimmende Neußerungen getan, ja sogar die Verkürzungen schon mit ihren Vorgesetzten vereinbart, weil sie anerkennen, daß in Notzeiten gehandelt werden muß, ehe noch größere Folgen daraus entstehen.

Weite Kreise des deutschen Unternehmertums scheinen das noch nicht einsehen zu wollen, denn sie verbreiten Auffassungen, in denen kein Fünkchen bessere Erkenntnis zu finden ist. In der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ darf z. B. ein „hervorragender“ Industrieller unter der Ueberschrift „Heraus aus der Arbeitslosigkeit — durch Mehrarbeit“ folgende Epistel von sich geben:

„Wer trägt die Schuld an diesen unerhörten Zuständen? Vor allem die Gewerkschaften! Wer hilft uns diesen Unverstand zu besiegen? Unser Volk wird verrotten und untergehen, wenn wir diese Hemmung nicht beseitigen.“

Gewiß, ich erkenne an, daß die Gewerkschaften mit ihren 70 000 Gewerkschaftssekretären und Agenten die Vertretung der Arbeiter in Händen haben, und ich kann durchaus verstehen, daß sie als solche sich bemühen, von dem Erträgnis der Arbeit einen möglichst hohen Prozentsatz für die Arbeiter zu sichern. Jeder vernünftige Mensch wird ihnen dieses Recht zugestehen. Das Verderbliche an der Sache ist nur, daß sich die Herrschaften um das Erträgnis der Arbeit gar nicht kümmern. Sie betrachten diese Seite der Wirtschaft so, als wenn sie vollständig nebensächlich wäre. Ihr einziges Ziel ist, bei möglichst kurzer Arbeitszeit möglichst viel Lohn herauszuholen. Ihnen kommt der Gedanke gar nicht, mit dafür zu sorgen, daß der Topf gefüllt wird. Sie erkennen gar nicht, daß 10 Proz. aus einem vollen Topf mehr bedeuten ...

## Trauer bei den Bergarbeitern. Ein furchtbares Bergwerkunglück in Alsdorf.

Auf dem Wilhelm-Schacht in Alsdorf, an einer Abzweigung der Bahnstrecke Jülich-Nachen, suchte ein furchtbares Unglück die Bergarbeiter heim. Eine Explosion im Zunern der Grube richtete ungeheure Verwüstungen an und brachte über 262 Bergarbeitern einen schrecklichen Tod und vielen Verletzungen. Der Schachteingang wurde vollkommen verschüttet, Gebäude zerstört und Fensterstöße zertrümmert. Die Schachtanlage und die Hauptstraße von Alsdorf gleich einem Trümmerfeld. Die Rettungsmannschaften berichten von furchterlichen Wirkungen der Naturgewalten. Die Toten sind zum Teil erstickt, zerrissen, zerföhmetert, ertrunken. Gas, Wasser, Feuer und fallende Gesteinsmassen haben ihr Verhängniswerk an den Opfern der Katastrophe vollzogen. Ein Rettungsmann berichtet: „Was wir an Kameraden bergen konnten, war verbrannt und verstümmelt. Wir kamen an Stellen, wo wir dachten, das Ende des Schreckens zu erreichen, aber es stellte

sich heraus, daß wir vorläufig nicht an das Ende kommen konnten. Wir fanden durch Gesteinsmassen erdrückte Menschen, wir fanden verstümmelte Leichen. Zuerst sind wir überhaupt nicht weitergekommen, weil wir bei jedem Schritt in die Tiefe des Sumpfes versanken.“

In viele Bergarbeiterfamilien und -dörfer ist Trauer gekommen. Frauen, Mütter und Kinder müssen Leid tragen. So grauam spielt das Schicksal dem Bergarbeiter und seiner Familie mit. Vor Monaten erst in Neurode und jetzt in Alsdorf ereigneten sich Unglücke, wie man sie sonst in Deutschland nicht kannte. Wer und was schuld ist, weiß noch niemand. Die Ursachen konnten noch nicht festgestellt werden.

Brutal hat das Schicksal wieder einmal in Massen Leben und Hoffnungen von fleißigen Bergarbeitern und deren Familien zerstört. Das Weileid der deutschen Arbeiterschaft ist ihnen sicher.

## Echo zum Wahlausfall — Wirtschaftsschädigung.

So manche bürgerlichen Wähler und Wählerinnen haben sich über den Wahlausfall vom 14. September gefreut, vor allem auch die Geldgeber aus Unternehmerkreisen und der Bankwelt, die „den Nationalsozialismus mit ihrer materiellen Macht untermauert hatten“. Aber die Freude war nicht von langer Dauer. Der Wahlausfall brachte nämlich böse Folgen für die deutsche Wirtschaft und für die Besitzer von Wertpapieren mit sich, er zog Kursverluste an den Börsen nach sich, und so wurden die Geldleute an ihrem Heiligsten, an ihrem Besitz getroffen. Das berührte sie sehr peinlich. Leider hatten nicht nur die Wertpapierbesitzer den Schaden, sondern auch Reich, Länder und Gemeinden mußten Verluste hinnehmen, deren Höhe recht beträchtlich ist.

Das Institut für Konjunkturforschung befaßte sich mit den schlimmen Wahlauswirkungen auf den Aktienmarkt und traf die Feststellung, daß die Kursrückgänge während der letzten Monate den Aktienindex auf den tiefsten Stand seit Mitte 1926 sinken ließen. Die festverzinslichen Papiere haben die Kursgewinne vom ersten Halbjahr 1930 überwiegend wieder eingebüßt. Der Kursrückgang am Rentenmarkt war in der Hauptsache politisch bedingt.

Diese Sprache soll also heißen, daß die Aktien der deutschen Gesellschaften an Wert verloren, daß die Kurse für die festverzinslichen Werte herabsanken, daß eine starke Kapitalflucht aus Deutschland einsetzte, und daß die Reichsbank Gold ins Ausland schaffen mußte, um dem Ansturm auf die Währung zu begegnen. Außerdem hatten die Vorgänge noch eine Zinsverticuerung, bei der Reichsbank z. B. von 4 auf 5 Proz. zur Folge. Die deutsche Wirtschaft wurde also

außerordentlich hart mitgenommen und bekam Rückschläge, die infolge der Krise doppelt fühlbar waren. Erst die Veröffentlichung des Programms der Reichsregierung, das Unterbinden von Scheuenteinwürfen und die Zustimmung der Reichstagsmehrheit zur Aufnahme eines Ueberbrückungskredits geboten weiteren Verlusten Einhalt. Man kann auf diese Weise wahrnehmen, wie das gesamte deutsche Volk und besonders die deutsche Wirtschaft von der internationalen Geldmacht Stockhölde auf den Wagen verfrachtet bekommen, wenn sie politische Dummheiten und Auswüchse in solchem Ausmaß zulassen. Manche Leute sollten daraus lernen, daß Deutschland nicht ein abgeschlossener Staat mit eigener Wirtschaft ist, sondern daß es mit der Weltwirtschaft und anderen Staaten zusammenhängt und auf die Verhältnisse in anderen Staaten Rücksicht zu nehmen hat, vor allem auch deshalb, weil es einen Krieg verlor.

Wir können uns weder wirtschaftliche noch politische Extravaganzen leisten, denn wir brauchen das Vertrauen der Welt, um wieder zur Gesundheit zu kommen, um unsere Wirtschaftsverhältnisse wieder normal zu gestalten. Dazu ist nicht nur notwendig, daß das deutsche Bürgerum, die Unternehmer und die Bankwelt der politischen Vernunft die Bahn freimachen, sondern auch die wirtschaftliche Einsicht dieser Kreise, damit nicht Wirtschaftskämpfe von großem Ausmaß infolge des scharfmacherischen Verhaltens eines Teils der Unternehmer ausbrechen, die uns schließlich auch wieder ein Stück Wegs zurückwerfen und das wieder erwachte Weltvertrauen zerstören.

Die Gefahr besteht. Am Unternehmertum liegt es, sie abzuwenden. Der Rückschlag, den uns der Ausgung der Reichstagswahl gebracht hat, genügt. Das ist bittere Lehre genug.



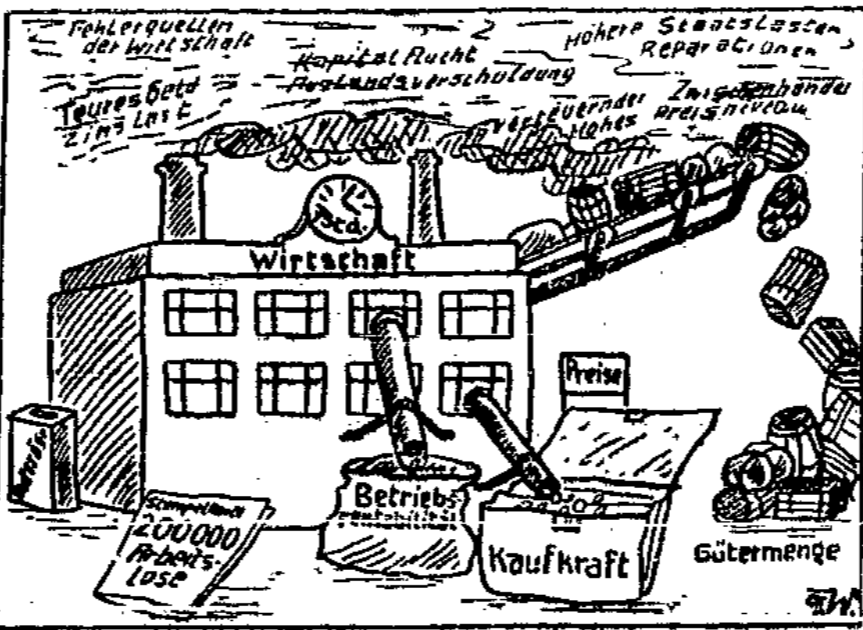
# Die kapitalistische Wirtschaft

läßt sich bildlich so darstellen: Ueber ihr lagern die drückenden Schwierigkeiten: Kapitalflucht, Auslandsverschuldung, Reparationen, zu teures Geld, verteuert der Zwischenhandel, hohes Preisniveau und Fehlerquellen in der Landwirtschaft und im Handel. Die Produktionsstätten sind zu groß, die erzeugte Gütermenge findet nicht den notwendigen Absatz und staut sich

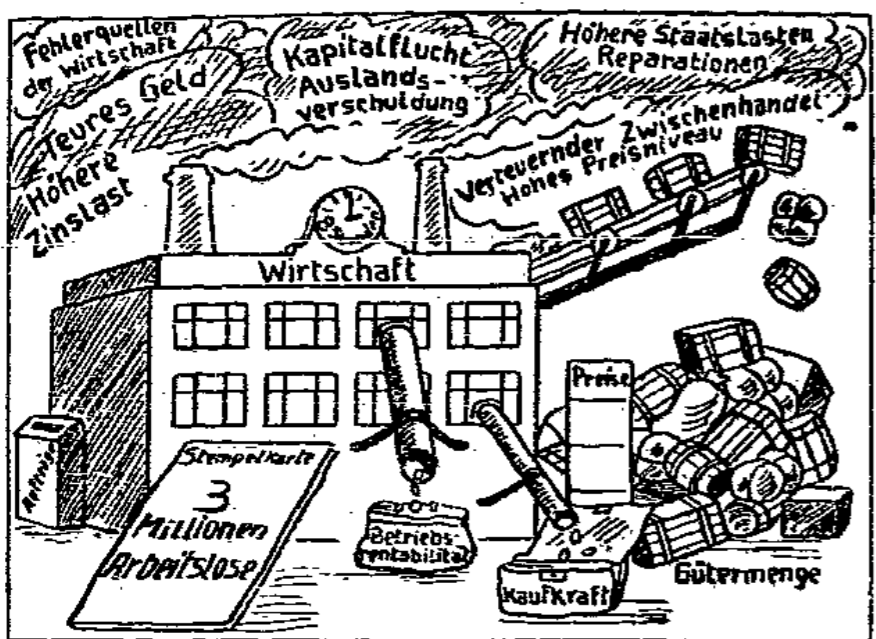
auf, weil die Kaufkraft der Bevölkerung zu gering und die Preise zu hoch sind. Es laufen nicht genug Aufträge ein. Die Arbeitslosigkeit wächst schon bei achttündiger Arbeitszeit. Jetzt verlangen die Unternehmer längere und die Gewerkschaften kürzere Arbeitszeit. Was das auslösen wird, zeigen die Bilder.



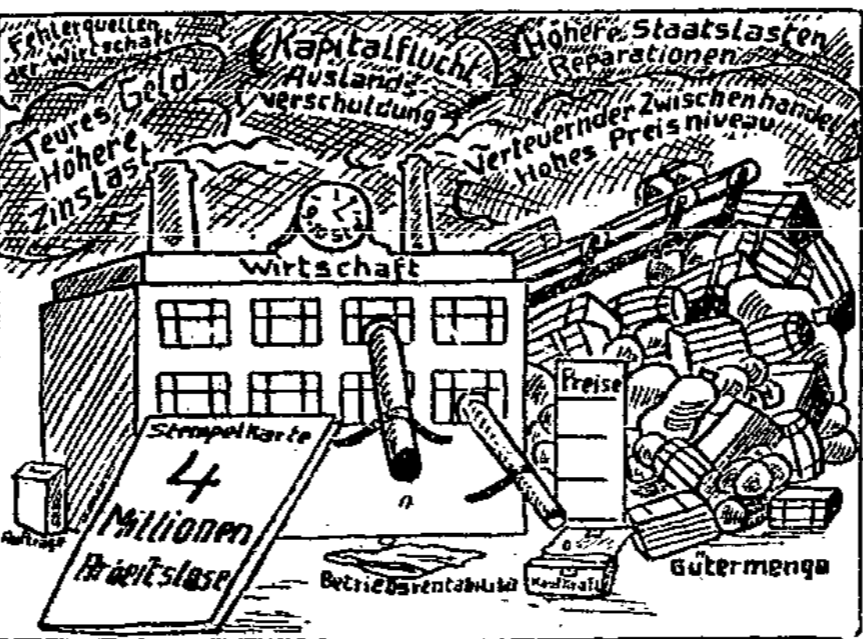
Kapitalistische Wirtschaft



So muß sie sich gestalten nach dem Verlangen der Unternehmer



So nach den Forderungen der Gewerkschaften



und so müßte sie eigentlich ihren Zweck erfüllen

## Hier Lohnabbau — da Lohnaufbau.

Die deutschen Unternehmer haben gegenwärtig nicht viel zu tun und summen deshalb auf den dummen Gedanken, die Löhne abzubauen. Die einlaufenden Aufträge sind zu gering, weil die Warenverbraucher kein Geld zum Kaufen haben; da gehen nun die Wirtschaftsjäger her, kürzen die Löhne, damit noch weniger verbraucht wird und noch weniger Aufträge einlaufen können. Mit Hilfe eines Schlichters wurden in Berlin die Löhne der Metallarbeiter um 6 bis 8 Proz. herabgesetzt, also von Amts wegen die Kaufkraft gemindert. Die Metallarbeiter ließen sich das nicht gefallen, sie traten in den Streik. Nun liegen die Betriebe ganz still, das Geschäftsalten kommt noch mehr ins Stocken und die Gegenseite verzweifeln sich. Auf diese Weise wollen die Berliner Metallindustriellen das kranke deutsche Wirtschaftsleben heilen und in Gang bringen.

Ist das nicht höchster wirtschaftlicher Unsinn? Das die Berliner Metallindustriellen auf falschem Wege sind, beweist ihnen und der deutschen Öffentlichkeit Henry Ford, der amerikanische Automobilfabrikant. Am gleichen Tage, als die Berliner Metallindustriellen infolge des Streiks ihre Fabriken für 130000 Beschäftigte verriegelten, machte das Ford-Unternehmen in Berlin folgenden Vorschlag: Infolge Ihrer erhöhten Leistungsfähigkeit ist es uns möglich gewesen, Ihren Lohn per 20. Oktober 1930 von 2,40

auf 2,50 RM pro Stunde zu erhöhen. Wir wissen, daß diese Zulage dazu beitragen wird, Ihre Kaufkraft zu erhöhen. S. Bm. C. Heine, Generaldirektor.

Ford verzieht damit den Schmachern unter den Berliner Metallindustriellen, die von 1,12 RM Stundenlohn abbauen wollen, eine schallende Ohrfeige. Ford beweist mit seiner Maßnahme, daß die deutschen Unternehmer auf dem falschen Wege sind, die Wirtschaft zu retten. Er zeigt ihnen, wie es gemacht werden muß: Die Kaufkraft ist zu erhöhen. Ford legt sicher kein Geld zu, wenn er so handelt, und macht auch noch seinen Profit. Was Ford kann, bräute auch ein erheblicher Teil deutscher Unternehmer an, aber er will nicht, denn die Parole Lohnabbau würde damit durchkreuzt. Das Vorgehen von Ford ist aber auch der Beweis dafür, daß die Unternehmer, besonders die Automobilfabrikanten, viel höhere Löhne bezahlen könnten, wenn sie möchten. Sie entziehen der deutschen Wirtschaft bewusst die Mittel zum Anfuhrern, weil sie die Löhne, die sie mehr zahlen könnten, der Kaufkraft vorenthalten. Aus dem Verhalten des deutschen Unternehmertums im Vergleich zu dem des Ford kann man ersehen, wie schwer dies an der Wirtschaft sündigt und wie ungesund, wie wirtschaftswidrig seine Parole Lohnabbau ist.

## Unterstützungsraub und Fünfjahresplan.

In dem „gigantischen“ Fünfjahresplan der Sowjetunion, der zur Leitung und Entwicklung der Sowjetwirtschaft in den Jahren 1928/29 bis 1932/33 aufgestellt wurde, sind auch Maßnahmen zur Förderung der Sozialversicherung vorgegeben, die übrigens im Vergleich zur deutschen Sozialversicherung und ihren Leistungen geradezu kümmerlich ist.

Bekanntlich sieht der Fünfjahresplan zwei Varianten vor. Die eine, sogenannte Minimalvariante, berücksichtigt in dem Plan die Möglichkeit wirtschaftlicher Stimmungen durch Krisen, mangelhafte Kapitalanlage und andere Faktoren, die geeignet sind, die Wirtschaft ungünstig zu beeinflussen. Die sogenannte Maximalvariante, auf der die meisten Berechnungen beruhen, stellt solche Faktoren nicht in Rechnung. In der Sozialversicherung zeigt sich nun — wie es sich übrigens schon auf zahlreichen anderen Gebieten erwiesen hat —, daß dieser Fünfjahresplan ein Phantasieprodukt ist, das zur Wirklichkeit wohl wie die Faust aufs Auge. Der zweite Band des Fünfjahresplans, Teil II (Moskau 1929) enthält auf Seite 103 bis 109 die Unterlagen über die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung. Demnach wurden im Jahre 1927/28 112 700 000 Rubel an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Nach den Berechnungen der Sachverständigen soll sich dieser Betrag bis zum Jahre 1932/33 auf 200—217 Millionen Rubel erhöhen. Dies wäre eine Steigerung um 78 bzw. 92,5 Proz. An eine Erweiterung des (von vornherein stark beschränkten d. Red.) Leistungsfreies ist nicht gedacht. Dagegen sollte der Unterstützungssatz von 20 Proz. des Durchschnittslohnes im Jahre 1927/28 auf 30 Proz. im Jahre 1932/33 gesteigert werden. Unter Vernachlässigung der „beabsichtigten“ Lohnsteigerung (im Sowjetparadies sind die Erfolge immer demnach zu erwarten) sollte sich der wöchentliche durchschnittliche Unterstützungssatz von 1,41 Rubel auf 2 bis 3,03 Rubel erhöhen. Darüber hinaus ist beabsichtigt, den qualifizierten Arbeitern am Ende des Zeitraums von 5 Jahren eine Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 50 Proz. des Lohnes zu gewähren.

Dieser schöne Traum ist allerdings Minimalvariante der Maximalvariante her. Der Fünfjahresplan hat ein noch mehr. Er wird immer mehr zu dem Ziel, mit dem die G. R. die leitenden Stellen der Sowjetwirtschaft sieht, um immer mehr die erforderliche Anzahl von Sündenböcken zu haben.

Mit in Rußland geradezu ungeheurer Schnelligkeit wurden die Versicherungsstellen telegraphisch von dem vor einigen Tagen erlassenen Dekret des Arbeitskommissariats der Sowjetunion benachrichtigt, mit sofortiger Wirkung alle Zahlungen von Arbeitslosenunterstützungen einzustellen. Wenn bekannt wird, dies sei geschehen, weil es in Rußland keine Arbeitslosen mehr gebe, so ist dies ein handgreiflicher Schwindel. Der tatsächliche Grund ist die gespannte Finanzlage des Sowjetstaates. Wenn es wirklich keine Arbeitslosen mehr gibt

— warum dann diese Eile, durch telegraphische Anweisung die Einstellung der Unterstützungszahlungen zu erwirken an Arbeitslosen (die nicht vorhanden sind)? Alle Unterstützungsberechtigten sind sofort an die Arbeit zu senden. Sicherungen, wie sie das deutsche Gesetz enthält, daß Familienstand, Berufsausbildung, Gesundheitsstand usw. des Arbeitslosen zu berücksichtigen sind, bestehen in Rußland nicht. Unabhängig von Beruf und fachlicher Eignung muß jede angebotene Arbeit auch außerhalb des Wohnortes angenommen werden. Dabei gibt es in Rußland bei etwa 15 Millionen Industriearbeitern auf Grund der amtlichen Sowjetstatistik auch heute noch nahezu eine Million Arbeitsloser. Dazu kommt noch die ungeheure Zahl jener Personengruppen, die keinen Unterstützungsanspruch und kein Recht auf Eintragung beim Arbeitsnachweis haben. Bezüglich an qualifizierten Arbeitern besteht ein wirklicher Mangel — ein Mangel, der übrigens schon immer in der Sowjetunion bekannt hat. Schon seit dem Jahre 1920 haben sich die russischen Gewerkschaftskongresse mit diesem Problem befaßt. Es ist die unzureichende Einheitslohnpolitik sogar bemerkbar, wie in den kapitalistischen Staaten des Westens eine immer größere Spanne zwischen dem Lohn des gelernten und des ungelerten Arbeiters eintreten zu lassen.

Seitdem werden die geschätzten Tatsachen ein Schlaglicht auf den wirklichen Wert des Fünfjahresplans.

## Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge geändert.

Durch Erlass des Reichsarbeitsministers vom 11. Oktober 1930 sind in Bezug auf den Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge wesentliche Veränderungen eingetreten. Die nachstehenden Ausführungen unterrichten über die Veränderungen, die der Erlass gebracht hat.

**Krisenunterstützung für alle Berufsgruppen in Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern.**

In Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern wird nunmehr die Krisenunterstützung den Angehörigen aller Berufsgruppen gewährt. Jeder aus der Arbeitslosenversicherung Ausgeschiedene kommt jetzt, wenn er in einer Stadt mit mehr als 10000 Einwohnern wohnt und bei ihm die Bedürftigkeit für die Unterstützung vorliegt, ohne weiteres in den Genuß der Krisenunterstützung.

Im übrigen sind die Vorschriften der Landesarbeitsämter befragt, für ihren Amtsbezirk oder Teile desselben, Berufsgruppen zur Kr. (Krisenunterstützung) zuzulassen, soweit ein Bedürfnis hierfür besteht.

Aufmerksam ist darauf zu achten, daß, soweit auf Grund der bisherigen Vorschriften Berufsgruppen oder Berufe zur Kr. zugelassen sind, es dabei sein Bewenden hat, und zwar auch bezüglich etwaiger Einschränkungen innerhalb der Berufsgruppen oder Berufe. Dies gilt sowohl für die Zulassungen in Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern als auch in den übrigen Gemeinden.

Krisenunterstützung können demnach in Gemeinden unter 10000 Einwohnern erhalten u. a. Angehörige folgender Berufe:

1. der Glasindustrie,
2. der Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate,
3. der Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe,
4. des Holz- und Schnitzstoffgewerbes,
5. des Bekleidungs-gewerbes, ferner
6. Bühnenmittelglieder einschließlich der Chorführer, soweit diese Bühnenmittelglieder sind, und des bei Lichtspielaufführungen verwandten darstellerischen Personals,
7. Angestellte.

Hierzu treten dann noch die in den einzelnen Landesarbeitsbezirken angesprochenen besonderen Zulassungen zum Kr.-Bezug.

Wer ist grundsätzlich von der Krisenunterstützung ausgeschlossen?

- Ausgeschlossen von der Krisenunterstützung sind generell:
- a) die Angehörigen der Gruppen Landwirtschaft mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Angestellten,
  - b) die Angehörigen der Berufsgruppe „Hausliche Dienste“ und
  - c) Arbeitslose unter 21 Jahren.

Krisenunterstützung erhalten nur Ausgeschiedene.

Krisenunterstützung erhalten nur Arbeitslose, die den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz erschöpft haben, also 26 Wochen lang Un- bezogen haben.

Ausgeschlossen vom Bezug der Kr. sind daher alle diejenigen Arbeitslosen, die die Anwartschaft in der Arbeitslosenversicherung noch nicht erfüllt haben, also in den letzten zwei Jahren keine 52 Wochen bzw. im letzten Jahr keine 26 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben. Zum Bezug der Kr. genügen nun nicht mehr bloß 13 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung.

Die Unterstützungsdauer.

Die Höchstdauer der Kr. beträgt jetzt 32 Wochen.

Für Arbeitslose, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, kann die Stelle, die zur Entscheidung über die Unterstü- tzung berufen ist, Vorüber der Arbeitsamt oder Spruchbehörde, die Dauer der Unterstü- tzung bis auf 45 Wochen verlängern, wenn die Lage des Arbeitsmarktes dies erfordert. Andererseits kann aber auch dieselbe Stelle die Kr. auf einen kürzeren als den höchstzulässigen Zeitraum beschränken, wenn die Lage des Arbeitsmarktes oder der örtlichen Verhältnisse dies angezeigt erscheinen lassen.

Wichtige Uebergangsbestimmungen.

Von den Uebergangsbestimmungen sind anzuführen:

1. Arbeitslose dürfen zur Krisenunterstützung nur dann zugelassen werden, wenn sie nach dem Inkrafttreten des Erlasses ausgesagt werden. Der Erlass hat also keine Rückwirkung zugunsten solcher Personen, die vor dem Inkrafttreten des Erlasses aus der Arbeitslosenversicherung ausgesagt worden sind.

2. Für Arbeitslose, die beim Inkrafttreten des Erlasses bereits Krisenunterstützung beziehen, gilt bis zum 10. Januar 1931 die bisherige Unterstützungsdauer von 39 oder 52 Wochen fort.

Arbeitslose, die an diesem Tage ihre neue Unterstützungsdauer von 32 oder 45 Wochen erreicht oder überschritten haben, scheiden aus:

- a) wenn sie am 10. Januar 1931 nicht mehr als 36 Wochen Unterstützung bezogen haben, am 24. Januar 1931,
- b) wenn sie am 10. Januar 1931 mehr als 36 Wochen Unterstützung bezogen haben, am 17. Januar 1931.

Die Arbeitslosen, die beim Inkrafttreten des Erlasses Krisenunterstützung beziehen, stehen den Personen gleich, die bei oder nach dem Inkrafttreten des Erlasses den Unterstützungsbetrag bis zu 4 Wochen unterbrochen haben oder unterbrechen, weil sie Arbeit angenommen haben; d. h. also, wenn die Unterbrechung nicht länger als 4 Wochen beträgt, so kommt die Weitergewährung der Kr. in Frage.

3. Arbeitslose mit kurzer Anwartschaftszeit (§ 101 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes), die bei Inkrafttreten dieses Erlasses Unterstützung beziehen, können längstens bis zum 28. März 1931 in der Krisenunterstützung bleiben, wenn sie die sonstigen Voraussetzungen erfüllen. Die Vorschriften, die oben unter Nr. 2 angeführt, finden jedoch Anwendung.

Ausdehnung der Pflichtarbeit.

Im übrigen sollen die Kr.-Empfänger stärker als bisher zur Pflichtarbeit herangezogen werden.

Wann tritt der Erlass in Kraft?

Der Erlass tritt mit dem 3. November 1930 in Kraft.

Lorenz Poppe.

## Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiterverband

Anfang Oktober 1930.

Alle vorliegenden statistischen Beobachtungen über die Entwicklung des Arbeitsmarktes stimmen in der Feststellung überein, daß die Arbeitslosigkeit immer noch im Ansteigen begriffen ist. Nach den Berichten der Arbeitsämter über die Zahl der verfügbaren Arbeitssuchenden waren vorhanden:

Ende Juni	2 698 000
Ende Juli	2 820 000
Ende August	2 992 000
Ende September	3 089 000

Auch die Arbeitsmarktstatistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zeigt eine ähnliche Steigerung der Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften. Es kamen auf je 100 Gewerkschaftsmitglieder:

Arbeitslose Konjunktur- Saison- gruppe	Zahl- gesamt	Kurzarbeiter Konjunktur- Saison- gruppe		
		Zahl- gesamt	Prozent	
Sept. 1929	8,9	12,8	0,6	6,5
Mai 1930	15,4	38,1	1,4	11,7
Juni 1930	16,0	36,4	1,4	12,3
Juli 1930	17,0	36,8	1,5	13,5
Aug. 1930	18,2	58,1	1,7	14,2
Sept. 1930	18,8	59,7	1,9	14,5

Nach der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik waren Ende September 1930 13,2 v. H. Gewerkschaftsmitglieder mehr arbeitslos als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das Tempo der Steigerung war im letzten Monat nicht stärker als in den vorhergehenden. Hier haben wahrscheinlich jahreszeitliche Einflüsse (Wachstumsrate, Aufsteigen der Saisonbeschäftigung in der Bekleidungsindustrie usw.) eine gewisse hemmende Wirkung aus-



geht. Es ist auch anzunehmen, daß bei der allgemeinen Geschäftspolizei der Unternehmungen, die Lagerbestände niedrig zu halten, ein weiteres Sinken des Beschäftigungsgrades in den Konsumindustrien, soweit diese am Auslandsabzug wenig beteiligt sind, nicht wahrscheinlich ist. In einigen Zweigen der Konsumgüterindustrie hat sich die Kurzarbeit etwas vermindert. Bei den Produktionsgüterindustrien, die im deutschen Wirtschaftsleben die größte Bedeutung haben, zeigen sich irgendwelche „Silberstreifen“ nicht. Die Weltwirtschaftskrise hält unermüdet an, teilweise sind Verschärfungen zu beobachten. In einem wichtigen Abzugsgebiet für die deutsche Industrie, in Südamerika, jagt eine politische Revolution die andere, deren letzte Ursachen wiederum in der Wirtschaftskrise, verursacht durch das Sinken der Rohstoffpreise, liegen. In den Vereinigten Staaten schwinden die Hoffnungen auf leichte Überwindung der Krise und auf baldige Wiederkehr der „Prosperity“ immer mehr. Der Kreislaufgang auf dem Weltmarkt der Rohstoffe und der Agrarprodukte hält an. Für eine Belebung des Arbeitsmarktes durch eine Steigerung der Fertigwarenausfuhr liegen Anzeichen nicht vor. Die politischen Ereignisse in Deutschland haben die Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie auf dem Weltmarkt geschwächt. Als Wirkung der Reichstagswahlen hat eine starke Flucht deutschen Kapitals eingeleitet, Auslandskredite (namentlich französische) wurden in erheblichem Maße abgezogen. Die Reichsbank mußte den Reichsbankdiskont von 4 auf 5 Proz. erhöhen. Außerdem hat sie zirka eine Milliarde Reichsmark an Gold und Devisen abgeben für die Verteidigung der Währungsstabilität. Bei der Fortdauer der Kapitalflucht sind weitere Diskontenerhöhungen und Kreditbeschränkungen in Aussicht gestellt. Die Zinssätze für Kreditgeld werden dadurch stark erhöht und verteuern die Produktion. Gegenwärtig ist eine Verminderung der Arbeitsbeschaffung nur durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu erreichen, wie sie in der letzten Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gefordert werden: Staatliche Arbeitsbeschaffung, gesetzliche Einschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden. Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung würden nach dem gegenwärtigen Stande der industriellen Produktion durch eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden 1 1/2 Millionen Arbeitslose in deutschen Industrien Beschäftigung finden können, wobei allerdings andere Faktoren, wie z. B. Steigerung der Produktion durch höhere Arbeitsleistung, als Wirkung der Arbeitszeitverkürzung außer acht gelassen sind.

Die Arbeitslosenstatistik des Fabrikarbeiterverbandes weist für Ende September ebenfalls eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes für unsere Mitglieder aus. Insgesamt wurden von der Arbeitslosenstatistik 347 943 männliche, 99 929 weibliche, insgesamt 449 872 Mitglieder erfasst, das sind zirka 96 Proz. der Gesamtmitgliedschaft. Davon waren insgesamt 99 101 Mitglieder oder 22,5 v. H. arbeitslos und 66 883 oder 5,1 v. H.

arbeiteten verkürzt. Im Vormonat war die Verhältniszahl 21,5 v. H. Arbeitslose und 15,9 v. H. Kurzarbeiter. Die Kurzarbeiter unzurechnend in Vollbeschäftigte waren Ende September nur 72,6 v. H. der Mitglieder voll beschäftigt, gegenüber 89,5 vom Hundert in der gleichen Zeit des Vorjahres. Den Beschäftigungsgrad der einzelnen Industriegruppen unseres Verbandes zeigt folgende Uebersicht:

**Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:**

1930	Ende August			Ende September		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
<b>Fabrikarbeiterverband insgesamt</b>	21,8	20,3	21,5	22,8	21,3	22,5
<b>In der Industrie-</b>						
<b>gruppe:</b>						
Chemie	15,9	18,3	16,4	16,0	19,7	16,8
Papier	13,3	16,6	14,0	13,2	15,8	13,7
Nahrungsmittel	18,7	19,7	19,0	16,1	25,2	18,4
Spielwaren usw.	37,4	31,1	33,8	33,5	28,9	30,9
Sonstige Industrien	33,2	24,0	30,8	33,5	24,2	31,0
<b>Keramischer Bund insgesamt</b>	27,9	22,3	25,9	31,0	23,2	29,6
a) Porzellan	22,9	19,9	21,8	22,7	18,0	20,9
b) Glas	28,8	22,6	27,9	29,7	25,1	29,0
c) Grobkeramik, Baustoffe	29,1	26,4	28,8	34,5	30,8	34,1

**arbeiteten verkürzt:**

1930	Ende August			Ende September		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
<b>Fabrikarbeiterverband insgesamt</b>	14,6	20,5	15,9	14,0	19,8	15,1
<b>In der Industrie-</b>						
<b>gruppe:</b>						
Chemie	15,5	27,1	18,9	16,0	22,8	17,4
Papier	21,1	23,5	21,6	24,5	20,4	25,5
Nahrungsmittel	6,0	9,6	5,5	3,8	1,5	3,2
Spielwaren usw.	21,3	26,3	24,1	21,6	26,8	24,5
Sonstige Industrien	8,3	10,6	8,9	7,1	8,2	7,4
<b>Keramischer Bund insgesamt</b>	14,3	22,4	15,7	13,5	17,5	14,2
a) Porzellan	37,3	34,3	36,2	31,6	26,8	29,7
b) Glas	8,3	13,5	9,0	7,1	9,6	7,5
c) Grobkeramik, Baustoffe	9,8	8,6	9,7	11,9	7,4	10,6

Die Kurve des Beschäftigungsgrades verlief nicht für alle Industriezweige gleichmäßig. Im Gegensatz zur allgemeinen Entwicklung zeigte sich ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Papiererzeugungs-, Spielwaren-, Nahrungsmittelindustrie und auch in der Porzellanindustrie. Der Rückgang in der Spielwaren- und Nahrungsmittelindustrie dürfte auf saisonmäßige Einflüsse zurückzuführen sein. Ob die Besserung in der Papier- und Porzellanindustrie eine rein zufällige oder konjunkturelle ist, muß erst die Statistik für die chemische, Glas- und grobkeramische Industrie an. Für den ungewissen Beschäftigungsgrad in der chemischen Industrie mag folgendes Beispiel angeführt werden: Im Bezirk Ludwigsbäumen arbeiteten in 11 Betrieben am 1. Oktober 1930 nur noch 14 259 Arbeitskräfte gegenüber 21 666 am 1. Januar 1929, das sind 7477 oder 35 vom Hundert weniger als am 1. Januar 1929.

Die Kurzarbeit weist einen geringen Rückgang auf, besonders in der chemischen Industrie, in der Porzellan- und Glasindustrie. Die geographische Verteilung der Arbeitslosigkeit zeigt in diesem Monat für die einzelnen Bezirke eine gewisse Gleichmäßigkeit auf. In dem allergrößten Teil der Bezirke bewegen sich die Verhältniszahlen in der Nähe des Durchschnitts. Am höchsten steht Süddeutschland mit 29,2 v. H. (Kunststoffindustrie) und das linke Rheinland mit 28,7 v. H. Hier ist in fast allen Industriezweigen die Arbeitslosigkeit sehr hoch. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten hat Württemberg mit 16,1 und Südbayern mit 16,5 v. H.

**Wir Nazis zerschlagen die Gewerkschaften.**

In der Monatschrift „Der Meister“ untersucht der Nationalsozialist Hans Selb die Gründe, weshalb „die Männer der Großindustrie und der Bankwelt den Nationalsozialismus mit ihrer materiellen Macht untermaneuern müssen“. Nämlich aus folgenden Gründen:

Wir Nationalsozialisten zerschlagen auch die Organisationen der Arbeiterchaft. Wir zerschlagen auch die Gewerkschaften. Darum müßt ihr (Unternehmer) uns das Recht geben, in unserer Agitation uns dem Geist der Arbeiterchaft anzupassen. Wenn wir von der Verstaatlichung des Grund und Bodens reden, so meinen wir das nicht so. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen. Die Hauptsache ist, daß wir die Leute haben, damit sie aus dem Marxismus gelöst werden.

Dieses Bekenntnis eines Nationalsozialisten sagt dem Kundigen nichts Neues. Immerhin ist es wertvoll, weil es uns zeigt, was die Nationalsozialistische Partei ist und was sie vor hat.



**Schiedspruch mit Lohnabbau für die Weichhohlglasindustrie.**

Vom Reichsarbeitsministerium waren im Lohnstreit der Verbandsgruppen I-V bekanntlich als Unparteiische die Herren Regierungsdirektor Friedländer, Stettin, als Vorsitzender, Schlichter Böhm, Nürnberg, und Oberregierungs- und Gewerbeberater Prof. Kramer, Breslau, bestellt worden.

Vom Vorsitzenden sind die Parteien für den 21. Oktober nach Dresden für weitere Unterhandlungen geladen worden. Von den Arbeitnehmern nahmen die Tarifkommissionen der einzelnen Gruppen, die Gauleitung und Branchenleitung teil. Fast noch zahlreicher vertreten war der Schußverband Deutscher Glasfabriken.

In dem monatelangen Streit sind die vorhandenen Gegensätze noch krasser geworden als ehemals. Der S. D. G. verlangte einen generellen 10prozentigen Lohnabbau, für die Gruppe IV außerdem eine Lohnangleichung der Zeillöhner an die übrigen Gruppen.

Herr Reichow vom S. D. G. begründete seine Forderung auf Lohnabbau unter Hinweis auf die schlechte Wirtschaftslage in der deutschen Weichhohlglasindustrie, und er glaubte, beweisen zu können, daß durch Herabsetzung der Lohnkosten die Industrie wieder lebensfähig wird, und dadurch Arbeitsplätze für die jetzt aus dem Produktionsprozeß ausgeschalteten Glasarbeiter geschaffen werden können. Außerdem erfordern die Verhältnisse zur ausländischen Konkurrenz dringend einen Lohnabbau, um am Weltmarkt mit der Produktion führend zu bleiben. Besonders hervorgehoben wurden die Erklärungen der ehemaligen christlichen Gewerkschaftsvertreter Brüning sowie Stegerwald, daß alle Teile des deutschen Volkes zur Überwindung der jetzigen Wirtschaftskrise beizutragen haben.

Im Auftrage der Tarifkommissionen hatte die Parteivertretung der Kollege Krebs übernommen. Die Argumente des Herrn Reichow für seinen Lohnabbau wurden leicht widerlegt an Hand von Beweismaterial, das bei einigermaßen sozialem Verständnis der Unparteiischen zur Ablehnung der Forderung des S. D. G. hätte führen müssen.

Der Redner wies nach, daß bei voller Arbeit und den jetzt existenten Verdiensten in der deutschen Weichhohlglasindustrie die Arbeiterchaft schon bittere Not leidet, und ein Lohnausgleich, wie von den Gewerkschaften gefordert, durchaus berechtigt sei. Man darf nicht nur in einzelnen Industriezweigen amerikanische Arbeitsmethoden einführen, sondern auch in Konsequenz der Nationalisierungsbestrebungen zur Hebung des Absatzes wenigstens auch annähernd gleiche Lohnverhältnisse schaffen wie in Amerika.

Auf Grund von Mitteilungen unserer ausländischen Bruderorganisationen über die angeblich niedrigen Löhne der Tschechien und Belgiens konnte das vorgetragene Material des Herrn Reichow als nicht einwandfrei zurückgewiesen werden. Die Lohnkosten für die Beschäftigten in der deutschen Weichhohlglasindustrie werden vom S. D. G. so übersteigt angegeben, daß jeder einfache Arbeiter im Betriebe die Manipulationen, die damit erreicht werden sollen, erkennen. Die Gewerkschaften sind heute ebenfalls in der Lage, Berechnungen über Lohnkosten der einzelnen Branchen und Sparten aufzustellen, so daß sich nach den Darlegungen der Arbeitnehmervertreter bei dieser Position Differenzen bis zu 20 Prozent ergeben.

Einigen Verhandlungen der Unparteiischen konnten zu keinem Ergebnis führen, und mußten die Schlichterkammern aufzusuchen. Die Kammer waren von den Arbeitnehmern durch den Kollegen Karl Müller und Kollegen Paul Wulke besetzt. Bei Verhandlungen der einzelnen Gruppen jeweils durch Arbeitnehmer aus den Betrieben.

Den fast 2 1/2tägigen Bemühungen unserer Kollegen in der Schlichterkammer und den Darlegungen des Parteivertreters ist es leider nicht gelungen, die Unparteiischen und die Arbeitgeber von ihren Lohnabbauforderungen abzubringen. Der „Druck von oben“ und die jetzige politische Tendenz wirkt so stark, daß die Unparteiischen in ihrer Schlichterfähigkeit starken Zweifeln unterworfen sind. Nur unter diesem Gesichtswinkel kann das Ergebnis in den vorliegenden Schiedsprüchen von ihnen vertreten werden. Soziales Ver-

ständnis für die Arbeiterchaft der deutschen Weichhohlglasindustrie mußte rücksichtslos ausgeschaltet werden, um den Anträgen des S. D. G., wenn auch in geringem Umfange, zum Recht zu verhelfen.

Mit den Maßnahmen des Lohnabbaues wird nicht ein Arbeitsloser einen freien Arbeitsplatz in der Weichhohlglasindustrie erhalten können, nur, wie von den Arbeitnehmervertretern festgelegt, hätten Lohnaufbau und Verkürzung der Arbeitszeit dieses Ziel erreichen können.

Die Organisation und die Tarifkommissionen der Gruppen haben einstimmig die ergangenen Schiedsprüche abgelehnt, und es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß sich dieser Ablehnung die am Lohnstreit beteiligten Arbeitnehmer der Gruppen I-V in großer Mehrheit anschließen werden.

Die Behörden werden es hoffentlich nicht verantworten wollen, daß ein Arbeitskampf für vorläufig rund 80 000 Arbeiter ausbricht; es liegt an ihnen, daß sie durch Nichtansprechen der Verbindlichkeit und durch Aufhebung der Schiedsprüche dafür sorgen, daß diese nicht Vertrag werden, sondern es zum mindesten bei den jetzigen Lohnverhältnissen zu verbleiben hat. Dem S. D. G. rufen wir an dieser Stelle zu, von etwaigen Maßnahmen des Lohnabbaues Abstand zu nehmen, da Lohnabbau nicht zu ertragen ist und da die Arbeitnehmer einen hingeworfenen Fehdehandschuh mit ruhiger Besonnenheit aufnehmen werden.

Zur Kenntnismahme und zur Beurteilung der Schiedsprüche in der Öffentlichkeit bringen wir dieselben nachfolgend zum Abdruck.

In der Lohnstreitigkeit des Schußverbandes Deutscher Glasfabriken, Sitz Dresden (S. D. G.) einerseits

und dem Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Sitz Berlin, sowie dem Berufsverband deutscher Glasarbeiter, Sitz Berlin andererseits

megen Neuregelung der Löhne in der Gruppe I, II und III hat die auf Grund der Vereinbarung der Parteien vom 18. August 1930 gebildete Schlichtungsstelle, welcher folgende Herren angehörten:

Unparteiische Vorsitzende:  
Regierungsdirektor Friedländer, Stettin, stellvert. Schlichter für Bayern, Böhmen, Nürnberg, Oberregierungs- u. Gewerbeberater Prof. Kramer, Breslau

Arbeitgeberbeisitzer:  
Dir. Federle, Dir. Kohrs, Dir. Thiele, Dr. Schmidt

Arbeitnehmerbeisitzer:  
K. Müller, P. Wulke, C. Hoffmann, Heilmann

folgenden Schiedspruch gefällt:  
Die bisher gültigen Lohnregelungen werden ab 1. November 1930 wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß die Akkord-, Nacht- und Zeillöhne, sowie die Sätze für Entschädigungen und Nebenarbeiten, um 3 Proz. ermäßigt werden.

Die in der Zeit ab 1. Juli 1930 durch betriebliche Regelungen bereits gefällten Akkordsätze bleiben jedoch unberührt. Diese Lohnregelungen können mit einmonatiger Frist zum Monatschluß, erstmalig zum 30. April 1931, gekündigt werden. — Erklärungsfrist gegenüber dem unparteiischen Vorsitzenden, Regierungsdirektor Friedländer, Stettin, Regierung, bis 4. November 1930 einschließlich, 13 Uhr.

Dresden, am 22. Oktober 1930.  
gez.: Friedländer, Böhm, Kramer.

Begegnung:  
Unter Berücksichtigung der gesamten Wirtschaftslage sieht die Schlichtungsstelle in ihrem Vorschlag den Weg zu einer Verkürzung des Gewerbes.

Die Bestimmung, daß bereits zurückgelegte Akkorde nicht von der vorgeschlagenen Lohnsenkung berührt werden sollen, ist aufgenommen, um den davon betroffenen Arbeitern eine doppelte Belastung zu ersparen. Andererseits gibt aber die Schlichtungs-

stelle der Erwartung Ausdruck, daß zur Vermeidung von Härten und Unbilligkeiten die Verhandlungen über die Akkorde, die von den Arbeitgebern zwecks Neueinstellung gekündigt worden sind, in entgegenkommender Weise zu Ende geführt werden.  
gez.: Friedländer.

In der Lohnstreitigkeit des Schußverbandes Deutscher Glasfabriken, Sitz Dresden (S. D. G.) einerseits

und dem Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Sitz Berlin, sowie dem Berufsverband deutscher Glasarbeiter, Sitz Berlin andererseits

wegen Neuregelung der Löhne in Gruppe IV hat die auf Grund der Vereinbarung der Parteien vom 18. August 1930 gebildete Schlichtungsstelle, welcher folgende Herren angehörten:

Unparteiische Vorsitzende:  
Regierungsdirektor Friedländer, Stettin, stellvert. Schlichter für Bayern, Böhmen, Nürnberg, Oberregierungs- u. Gewerbeberater Prof. Kramer, Breslau

Arbeitgeberbeisitzer:  
Dr. Schmidt, Dr. Duden, Baumeister Girsch

Arbeitnehmerbeisitzer:  
K. Müller, K. Hering, Paul Knöfel

folgenden Schiedspruch gefällt:  
Die bisher gültigen Lohnregelungen werden ab 1. November 1930 wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß die Akkord-, Nacht- und Zeillöhne, sowie die Sätze für Entschädigungen und Nebenarbeiten, um 3 Proz. ermäßigt werden.

Diese Lohnregelungen können mit einmonatiger Frist zum Monatschluß, erstmalig zum 31. Dez. 1930, gekündigt werden. — Erklärungsfrist gegenüber dem unparteiischen Vorsitzenden, Regierungsdirektor Friedländer, Stettin, Regierung, bis 4. November 1930 einschließlich, 13 Uhr.

Dresden, am 23. Oktober 1930.  
gez.: Friedländer, Böhm, Kramer.

In der Lohnstreitigkeit des Schußverbandes Deutscher Glasfabriken, Sitz Dresden (S. D. G.) einerseits

und dem Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Sitz Berlin, sowie dem Berufsverband deutscher Glasarbeiter, Sitz Berlin andererseits

wegen Neuregelung der Löhne in Gruppe V (chemisch-technische und Flakonfachgruppe) hat die auf Grund der Vereinbarung der Parteien vom 18. August 1930 gebildete Schlichtungsstelle, welcher folgende Herren angehörten:

Unparteiische Vorsitzende:  
Regierungsdirektor Friedländer, Stettin, stellvert. Schlichter für Bayern, Böhmen, Nürnberg, Oberregierungs- u. Gewerbeberater Prof. Kramer, Breslau

Arbeitgeberbeisitzer:  
Dr. Schmidt, Dir. Eichert, Cynob. Wisniewski, Dir. Godeker

Arbeitnehmerbeisitzer:  
Karl Müller, Paul Wulke, Georg Grünig, Fabig, Erlau

folgenden Schiedspruch gefällt:  
Die bisher gültigen Lohnregelungen werden ab 1. November 1930 wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß die Akkord-, Nacht- und Zeillöhne, sowie die Sätze für Entschädigungen und Nebenarbeiten, um 3 Proz. ermäßigt werden.

Diese Lohnregelungen können mit einmonatiger Frist zum Monatschluß, erstmalig zum 30. April 1931, gekündigt werden. — Erklärungsfrist gegenüber dem unparteiischen Vorsitzenden, Regierungsdirektor Friedländer, Stettin, Regierung, bis 4. November 1930 einschließlich, 13 Uhr.

Dresden, am 22. Oktober 1930.  
gez.: Friedländer, Böhm, Kramer.



# Arbeitszeitverkürzung in der Glasindustrie ein Erfordernis.

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung für unser ganzes Wirtschaftsleben. Mehr als drei Millionen Erwerbstätiger in Deutschland, Mit den Familienangehörigen leben fünf Millionen aus den Mitteln der Erwerbstätigenunterstützung. Der wirtschaftliche Niedergang lastet wie ein Alp auf uns, und eine Besserung ist nicht zu erwarten, wenn nicht außerordentliche Mittel zur Anwendung kommen. Mit Grauen müssen wir an den nahen Winter denken, denn die Zahl der Erwerbstätigen wird im Winter noch größer sein und damit die Gefahr, daß eine unabwehrbare Katastrophe eintritt, wenn die von der Arbeit Ausgeschlossenen nicht unterstützt werden können.

Auch in der Glasindustrie sind mehr als 20 Proz. Erwerbstätiger. Die Industrie und ihre Arbeiter ächzen unter dem Druck des Niederganges, und unsere Pflicht ist es, Mittel zu finden, die uns über das Gefährliche der Situation hinwegbringen. Der Bundesausschuß des R.W.V. hat getagt und beschlossen, eine geschäftlich vierzigstündige Arbeitswoche zu fordern. Mit dieser Verkürzung der Arbeitszeit soll der Umgang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte verbunden werden. Dieser Beschluß wird wieder Empörung bei den Industriellen hervorrufen, und wir hören die Rufe der Industriellen, daß die Durchführung des Beschlusses unmöglich sei, und es wird heißen, lieber die Betriebe ganz schließen, als wie in eine so weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit zu willigen. Die Glasindustriellen werden noch hinzusetzen, daß für die Glasindustrie die Arbeitszeitverkürzung nicht in Frage kommen kann, weil die Glasöfen unter Feuer gehalten werden müssen, auch wenn nicht gearbeitet wird, und damit große Ausgaben verbunden sind, denn die Kohle ist teuer und die Ausgaben dafür unnütz, wenn die Produktion ruht.

Richtig ist, daß in manchen Industrien bei einer neuen Regelung des Produktionsprozesses Schwierigkeiten auftreten. Die gleichen Einwendungen, die heute gegen die weitere Verkürzung der Arbeitszeit gemacht werden, wurden auch bei der Beseitigung der Sonntagsarbeit hervorgehoben. Damals wie heute handelt es sich um die Stilllegung des Betriebes für einen ganzen Tag. Was unmöglich sein sollte, ist durchgeführt worden, und die jetzt von uns geforderte vierzigstündige Arbeitszeit bringt keine anderen Schwierigkeiten als die Beseitigung der Sonntagsarbeit. Alle Klagen, daß die Öfen oder Häfen darunter leiden, sind hinfällig; wird die Stilllegung des Betriebes überwacht, dann wird für die Öfen keine Schädigung eintreten.

Durch die weitere Verkürzung der Arbeitszeit wird die Kohle ohne jeden Nutzen verbrannt, denn die Öfen können ja nicht stillgelegt und die Feuerungen gelöscht werden. Auch dieser Einwand kann für die Verkürzung der Arbeitszeit nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein. Die Öfen werden beim Ausschalen der Arbeit nur in einer Temperatur gehalten, daß ein Schaden für die Öfen nicht eintritt. Das sogenannte Kalkschüren der Öfen wird sich mit einem ganz geringen Kohleverbrauch ermöglichen und damit die Kosten erheblich herabdrücken lassen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

In kontinuierlichen Betrieben der Glasindustrie haben wir heute fast überall den Dreischichtbetrieb. Hier kann sehr wohl

das Vierstichtensystem à 8 Stunden mit 24stündiger Ruhepause zur Einführung kommen. Die Schmelzöfen, die für die heutige Produktion die Glasmasse liefern, erzeugen auch die Glasmasse für den Vierstichtensbetrieb, denn wir wollen ja keine Erhöhung der Produktion durch die Einstellung der vierten Schicht, sondern verlangen lediglich die Einstellung weiterer Arbeitskräfte durch die Verkürzung der Arbeitszeit. — In der mechanischen Fensterglasindustrie verlangen wir seit langer Zeit die Einstellung einer vierten Schicht, die acht Stunden arbeitet. Dauern kann man diese Forderung der Arbeiter nicht zurückstellen. Es bietet die Lösung der Frage keinerlei Schwierigkeiten, denn die Hauptsache ist und bleibt die Einreichung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess.

Wie oft klagen die Industriellen darüber, daß die Lager überfüllt sind, daß die in den Lagerbeständen investierten Kapitalien verzinst werden müssen, und daß nicht unbedeutende Ausgaben dadurch entstehen. Wir können den Einwand der Industriellen nicht bestreiten, haben aber hervor, daß diese Tatsache unter allen Umständen für die Verkürzung der Arbeitszeit spricht und wesentlich behoben werden kann, wenn die Arbeitszeit verkürzt und die Fünftagewoche zur Einführung kommt. Niemand kann die Tatsache leugnen, daß die Lagerbestände heute einen Umfang angenommen haben, der zu ernstlichen Nachdenken Veranlassung gibt. Wir haben leider schon oft die Erfahrung machen müssen, daß Industrielle ihre Lagerbestände zu Kreisen auf den Markt warfen, die weit, weit unter den Herstellungskosten lagen. Diese Tatsache zwingt dazu, daß auch die gefährlichsten Betriebe die Preise nicht halten können und teilweise ihre Vorräte mit Verlust räumen müssen. Alle diese Vorgänge zwingen zu einer Regelung, und jeder Einseitige wird sich unseren Darlegungen nicht verschließen können.

Dabei hören wir die Rufe der Industriellen, daß, wenn einmal die vierzigstündigen Woche für die Arbeiter eingeführt ist, dann werden diese von der Verkürzung nicht mehr Abstand nehmen. Auch in diesem Fall haben wir hervor, daß wir immer vertragliche Abmachungen gehalten haben und auch in dieser so brennenden und wichtigen Frage den abgeschlossenen Vertrag halten werden.

Die wichtigste Frage bleibt immer die: Wie schaffen wir für die Arbeitslosen Arbeit? Die Lage der Arbeitslosen ist eine verzweifelte. Die Stimmung unter ihnen ist gefährlich und muß zu dem allerersten Nachdenken Veranlassung geben. In der Frage der Arbeitslosigkeit kann der volklich und wirtschaftlich Denkende nicht achlos vorübergehen. Die Weltwirtschaftskrise, in der wir uns befinden, löst sich nicht von selbst; sie kann nur gelöst werden, wenn Unternehmer und Arbeiter ernstlich an deren Lösung arbeiten. Die gegenwärtige Krise ist keine vorübergehende Erscheinung; sie kann zur Dauerkrise werden, wenn nicht eine Lösung gesucht wird.

Was soll werden, wenn unsere finanzielle Lage so wird, daß das Reich die Unterhaltungen nur zum Teil tragen kann? Der Hunger, der seinen Untergang sieht, das Los seiner Familie nicht ändern kann, wird von heller Verzweiflung gepackt, Zusammenrottungen können eintreten, die zur größten Gefahr für

Ruhe und Ordnung werden können. Wir erheben unsere warnende Stimme zu einer Zeit, in der die Möglichkeit zu einer Verringerung noch gegeben ist. Unser Staatsbürgler befindet sich in Brandenburg, Seer, führen wir das Reich und unsere Wirtschaft in den Strom der ruhigen Entwicklung. Die Arbeitszeitverkürzung, die Einführung der vierzigstündigen Woche, bietet dazu eine Möglichkeit.

## Flaschenyndikat verteidigt sich.

Wir brachten unter dieser Überschrift in unserer letzten Nummer eine Notiz aus dem „Vorwärts“. Dieser nimmt nun noch einmal zu der Angelegenheit Stellung und schreibt:

„Wir haben unter dem Titel „Kartellwucher und sein Ende“ über die Politik der Deutschen Flaschenverkaufs-Gesellschaft berichtet, jenes vor wenigen Monaten erst errichteten Flaschenyndikats von etwa zehn großen deutschen Flaschenfabriken, dessen Gründung seinerzeit Aufsehen erregt hat. Wir berichteten damals auf Grund einer auch uns zugegangenen Eingabe eines Flaschengroßverbraucher an den Reichswirtschaftsrat, daß das Kartell seit seiner Gründung die Preise in unerantwortlicher Weise, und zwar um 40 bis 50 Proz. in bestimmten Fällen erhöht habe. Entgegen einer uns zunächst zugesandten Berichtigung haben wir festgehalten, daß die von uns gemachten Angaben über die Höherberechnung der Aufträge richtig sind. Es wird aber jetzt vom Kartell behauptet, daß es sich bei dieser Heranziehung der Preise um Irrtümer der betreffenden Firma gehandelt habe, und daß die Listenpreise seit der Bildung des Kartells nicht erhöht worden seien. In der Tat sind dem betreffenden Großabnehmer jetzt auch — ganz offenbar aber erst nach der Aufklärung der Frage durch den „Vorwärts“ — die erheblich billigeren Preise wieder zugestanden worden. Der Großabnehmer hat infolgedessen auch seine Eingabe an den Reichswirtschaftsrat zurückgezogen.“

Dennoch ist festzustellen, daß die Deutsche Flaschenverkaufsgesellschaft, die jährlich einen Umsatz von 100 Mill. RM hat, praktisch um die Erhöhung der Preise kämpft. Die Bildung des Syndikats ist nämlich ausdrücklich zu dem Zweck erfolgt, Unterbietungen in der Zukunft unmöglich zu machen, die zur Kartellbildung die Regel waren. Das Reichswirtschaftsministerium steht also hier einem Fall gegenüber — und diese Tatsache macht eine Untersuchung bei diesem Kartell notwendig —, daß eine vorher bestehende ziemlich allgemeine Unterbietung der Preise erst durch neue Kartellmaßnahmen ausgeschlossen wurde, und zwar in der Zeit einer schweren Krise. Außerdem haben wir festgestellt — das Kartell wagt das auch nicht zu bestreiten —, daß die Flaschenpreise absolut und im Verhältnis zum Ausland viel zu hoch sind. Um bis zu 100 Proz. sind heute die deutschen Flaschenpreise höher als in der Vorkriegszeit, und von Polen können tatsächlich dieselben Flaschen, trotz Zoll und Fracht nach Berlin, ganz erheblich billiger geliefert werden, als das von den deutschen Werken geschieht.“

### Goslar.

Anfragen betreffs Arbeit respektive unangeforderter Zusagen nach der Glasfabrik Dr. Genthe & Co., Goslar am Harz, sind zwecklos, da alle Plätze besetzt sind.



## Verstärkte Porzellanfrife?

Wenn für die deutsche feinkeramische Industrie Lohn- und Tarifverhandlungen in Aussicht stehen, finden wir in den letzten Jahren jedesmal im deutschen Wälderwald Nachrichten, Notizen und Artikel, in denen dargestellt wird, wie schlecht es angeblich der Porzellan- und Steinzeugindustrie geht. Im Frühjahr dieses Jahres vor den Lohnverhandlungen erschienen ganze Serien von Artikeln mit der Überschrift: „Porzellanarbeit eine heilige Sache“, „Porzellanexportorgane“, „Die Krise der schlechten Porzellanindustrie“ usw. Mit den Artikeln und Notizen sollen einschneidend die Verantwortlichen, die Behörden, und wahrheitsliebend auch der Schlichter, der erst den Tarifstreit schlichten soll, „ins Bild gesetzt“ werden. Die Artikel tragen alle die gleiche Tendenz, wie schon aus den Überschriften zu ersehen ist. Es ist ein einfaches Gesetzmäßiges über schlechte Geschäfte, Abhängigkeiten, hohe Löhne usw. Dabei findet man auch manchmal in den Artikeln eine recht einseitig aufgemachte Art, oder Statistiken, die zur Eingeweichte erkennen lassen, daß eine besondere Absicht dahinter liegt.

Auch jetzt, im Ringen um einen neuen Tarifvertrag, nachdem von drei Unparteiischen ein Schiedsspruch gefällt ist, den die Arbeitgeber angenommen und die Arbeitgeber abgelehnt haben, und nachdem beim Reichsarbeitsministerium die Entscheidung fallen soll, ob der Spruch verbindlich erklärt wird oder nicht, schreibt der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, Dr. Franz Warnke, in der „Industrie- und Handels-Zeitung“ einen tendenziösen Artikel: „Verstärkte Porzellanfrife.“

Wenn Dr. Warnke unter die Literaten geht, hat es immer seine Bewandnis und seinen Grund. So auch jetzt. Der Zeitgeist des Erscheins des Artikels kann nur gewahrt sein, um die Behörden zu beeinflussen.

Der Artikel verlangt uns, auch einiges dazu zu sagen. Erstens einmal müssen wir bemängeln, daß Dr. Warnke vom Jahre 1921 bis August 1930 nur immer die ersten acht Monate eines jeden Jahres seinen statistischen Berechnungen über die Ausfuhr zugrunde legt. Weiter nimmt Dr. Warnke nur solche Positionen des Zolltarifs, die rückläufige oder gleichbleibende Zahlen anzuweisen. Die ganzen Betrachtungen würden ein ganz anderes Bild bekommen und Dr. Warnke müßte ganz andere Schlüsse ziehen, wenn er die gesamte Ausfuhr der vollen Jahre 1921 bis 1929 anführte und dazu die vorliegenden Berichte der ersten acht Monate 1930 dagegensetzten würde. Dabei müßte Dr. Warnke die gesamte feinkeramische Industrie, und nicht nur einige für seine Zwecke brauchbare Zweige anführen.

Wenn wir die Ausfuhr von Porzellan und Steinzeug im Jahre 1912 das als Normaljahr ansetzen, so würde zeigen, daß die Jahre nach der Inflation gegenüberstellen, so haben wir, daß es der feinkeramischen Industrie gelungen ist, den fast vollständig verlorenen Export bis auf einige wenige Prozente mengenmäßig wieder zurückzubringen. Das ist eine beachtenswerte Leistung, die unterzürden werden muß bei dem Weltmarkt, der auf dem Markt herrscht und bei der Tatsache, daß sich unter früheren Umständen eigene Industrien angebaut haben. Einige Länder und in bezug auf nicht wieder Abnehmer von Porzellanwaren (Australien, Polen). Hierbei ist zu beachten, daß nach der Zolltarifreform einseitig hat, und daß die Weltwirtschaftskrise rapid zurückgegangen sind. Vermutlich ist die Ausfuhr feinkeramischer Produkte um über 20 Proz. gestiegen. Das ist die von Warnke geforderte „Verstärkung“.

Man kann zwar nicht verlangen werden, daß die Ausfuhrverhältnisse des Porzellanhandels in den letzten Jahren nicht so günstig ist wie die Entwicklung für die gesamte feinkeramische Industrie. Aber schon bei den Bierwaren, bei den weichen Porzellanwaren und den elektrischen Porzellanartikeln ist das

Bild bei weitem nicht so ungünstig, vor allem dann nicht, wenn man die gesamte Wirtschaftslage ins Auge faßt. Zur feinkeramisch gehört aber neben Porzellan auch Steinzeug. Davon redet Dr. Warnke nicht, daß z. B. die Ausfuhr einfarbigen Steinzeuges (Spülwaren) seit der Inflationszeit stetige Zunahme erfahren hat und die Vorkriegsausfuhr (1912), 1929 um 50 Proz. überschritten worden ist. Die amtlichen Nachweise ergeben folgende Zahlen:

	1912	1923	1924	1925	1926
Ausfuhr in Doppelztr.	103 431	92 531	147 195	150 708	142 341
Wert in 1000 RM	5 072	5 181	—	10 796	9 897
Wert eines Doppelztr.	49	56	—	71,6	69,5

	1927	1928	1929	1930
Ausfuhr in Doppelztr.	139 135	131 619	150 832	117 038
Wert in 1000 RM	9 702	9 771	11 196	8 349
Wert eines Doppelztr.	69,7	74,2	74,2	71,3

Aus diesen Zahlen ergibt sich ferner, daß auch der Wert des Doppelzentners 1929 gegenüber 1912 um über 50 Proz. gestiegen ist.

Ähnliche Vergleiche können für Ziersteinzeug aufgemacht werden. Wir wollen nur feststellen, daß 1912 5993 Doppelzentner im Wert von 1 118 000 RM, oder pro Doppelzentner 189,4 RM ausgeführt wurden; 1929 13 769 Doppelzentner im Wert von 2 292 000 RM, pro Doppelzentner 260,9 RM. In den ersten neun Monaten des Jahres 1930 beträgt die Ausfuhr in dieser Position 13 595 Doppelzentner, fast jodiel wie im ganzen Jahre 1929.

Die Ausfuhr von Porzellanartikeln ist gegenüber der Vorkriegszeit mengenmäßig gefallen, aber wertmäßig gestiegen. 1912 war der Doppelzentner 162 RM wert, 1929 496 RM, also 306 Proz. mehr.

Weißes Porzellan wurden 1912 26 538 Doppelzentner im Wert von 2 831 000 RM (1 Doppelzentner 106,8 RM), 1929 35 224 Doppelzentner im Wert von 5 011 000 RM (1 Doppelzentner 142,9 RM) ausgeführt.

Für elektrisches Porzellan muß selbst Dr. Warnke zugeben, daß die Ausfuhr seit 1924 eine Steigerung um 18 Proz. erlangt hat, und daß die Steigerung der Ausfuhr für die ersten neun Monate dieses Jahres im Vergleich zu den ersten neun Monaten des Jahres 1924 immer noch 8 Proz. beträgt.

Dr. Warnke schreibt in seinem Artikel von einem mengenmäßigen Anstieg der Porzellanexporte um 20 Proz., und wertmäßig um 35 Proz. Wir stellen demgegenüber fest, daß für die gesamte feinkeramische Industrie ohne Waidblatten und Bruch (Position 729 und 734) eine Zunahme der Ausfuhr um 3 Proz. mengenmäßig und 9 Proz. wertmäßig zu verzeichnen ist.

Während in früheren Jahren von Seiten der Unternehmer über die zunehmende Einfuhr feinkeramischer Produkte nach Deutschland geklagt wurde, konnte man in diesem Jahr nicht solchen Dantom mit der Einfuhrzahlen machen, weil die Einfuhr nach Deutschland gegenüber dem Vortjahr aufzuweisen hat. Dieser Umstand beweist mehr noch als vieles andere, daß wir nicht eine Privatporzellanfrife in der feinkeramischen Deutschlands zu verzeichnen haben, sondern daß auch die deutsche feinkeramische Industrie wie alle anderen Industrien unter der Weltwirtschaftskrise leidet.

Dr. Warnke weist in seinem Artikel auf den Rückgang der Ausfuhr nach den sogenannten C-Ländern (Walfam) hin. Dabei behauptet er, daß die deutschen Industriellen mit den tschechoslowakischen Industriellen ein Abkommen getroffen haben, das der tschechoslowakischen Industrie die Postenländer als Abzugsbereich überläßt.

Wenn Dr. Warnke mit seinen Artikeln die Zollgesetzgebung kritisieren und beeinflussen will, so kann er dieses leichter tun, wenn er sich an die ihm und den Unternehmern nächstehenden politischen Parteien wendet. Erst der letzte Handelsvertrag mit Finnland, den Dr. Warnke auch kritisiert, ist mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Volkspartei, und sogar der Nationalsozialisten angenommen worden. Dagegen gestimmt haben u. a. nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Diese Parteien stehen Dr. Warnke wohl nicht nahe. Welche Parteien sind verantwortlich für die Zollpolitik in Deutschland?

Bei Lohnverhandlungen verlangt Dr. Warnke Herabsetzung der Löhne in Deutschland. Verspricht sich Dr. Warnke davon Erfolg für die Ausfuhr? Befürchtet er nicht, daß, wenn die Löhne in Deutschland herabgesetzt werden, England und Amerika noch höhere Zölle quern aufrichten? Die Löhne der deutschen Porzellanarbeiter stehen den englischen z. B. bedeutend nach. Der deutsche Dreher verdient z. B. im Durchschnitt aller Alters- und Ortsklassen 101 Pfennig, der englische Dreher 2 Schilling bis 2 Schilling 9 Pence = 200 bis 290 Pfennig pro Stunde. Ähnlich liegt es mit den Löhnen in den skandinavischen Ländern, und natürlich besonders groß in Nordamerika.

Dr. Warnke läßt keine Weltwirtschaftskrise gelten. Für ihn gibt es nur eine Porzellanexportkrise. England hat im Juni 1929 für 483 410 Pfund Sterling keramische Erzeugnisse ausgeführt, 1930 im gleichen Monat für 368 885 Pfund Sterling. Sieht das nicht nach Weltwirtschaftskrise aus? In England arbeiten die Arbeiter der keramischen Industrie seit zwei Jahren drei und vier Tage in der Woche. Aber Dr. Warnke leidet keine Weltwirtschaftskrise.

Anscheinend heiligt bei Dr. Warnke der Zweck die Mittel sehr stark. Die angeblichen Sachdarstellungen des Vertreters der keramischen Gewerke sind stark tendenziös. Wir raten ihm, seine Schriftstellerei dieser Art so zu gestalten, daß wir nicht gezwungen sind, der Öffentlichkeit die einwandfreiere tatsächliche Ueberlieferung über die feinkeramische Industrie zu geben. Wir erlauben uns dann auch, dazu das Blatt von Reichsstellen für unsere Darlegungen zu benutzen.

## 40-Stundenwoche durchführbar.

In der feinkeramischen Industrie beträgt die Arbeitszeit in der Regel 46 Stunden in der Woche. Dabei werden in jeder Woche noch und in den allermeisten Betrieben von einzelnen Arbeitergruppen (Brenner, Schmelzer) Ueberstunden gemacht, während eine beachtliche Zahl Porzellan- und Steinzeugarbeiter — Männer und Frauen — arbeitslos sind. Im Monat September dieses Jahres waren in der gesamten feinkeramischen Industrie 20,9 Proz. Arbeitslose und 29,8 Proz. Kurzarbeiter vorhanden. Die Durchführung der Forderung auf die gesetzliche Einführung der 40stündigen Arbeitswoche würde auch einem Teil arbeitsloser Porzellan- und Steinzeugarbeiter zugute kommen und Arbeitsplätze für sie frei machen. Dabei kann offengelassen werden, ob man die Fünftagewoche zu acht Stunden täglich einführen oder ob man die 40-Stunden-Verschäftigung auf 6 Tage verteilen will.

Für die feinkeramische Industrie ist unseres Erachtens die Durchführung der verkürzten Arbeitszeit möglich, gleichgültig, welche Form man dabei wählt. Als Beweis dafür kann man ohne weiteres anführen, daß in der Vorkriegszeit in der Regel nicht weniger als neun und zehn Stunden pro Tag gearbeitet wurde, daß man also die 54- und 60-Stundenwoche hatte. Ohne die geringsten Störungen konnte das in der Nachkriegszeit unter dem Druck der politischen Verhältnisse auf die 48-Stundenwoche umgestellt werden. Das ging so gut, daß in ganz Bayern viele Jahre nach dem Kriege Sonn- und Feiertags sogar die Öfen



nicht mehr gekannt wurden. Man heiligte den Sonn- und Feiertag durch völlige Arbeitsruhe, und es war betrieblieh durchführbar. Mit diesem löblichen Brauch hat man schon längst wieder gebrochen. Heute anahmen die Salote wieder am Karfreitag, am Sonntag und an jedem Feiertag. Trotzdem die Arbeitszeit damals so gewaltig herabgesetzt wurde, und trotzdem doch auch eine Umstellung im Betrieb vorzunehmen werden müssen, sind die Arbeitsleistungen noch bestiegen. Mein Arbeitgeber wird abstreiten, daß wir in der feinkeramischen Industrie Leistungssteigerungen von weit über 50 Proz. trotz verringerter Arbeitszeit aufzuweisen haben.

In den Abteilungen zur Vorbereitung und Herstellung der Masse und des Schlickers wird ohne Umstände eine Verkürzung der Arbeitszeit des einzelnen vorgenommen werden können. Für die ausfallende Arbeitszeit können Neueinstellungen erfolgen. Ebenso verhält es sich in den Abteilungen der Dreherei, Gießerei, Malerei, Druckerei usw. Für diese Arbeiter und Arbeiterinnen kommt zum allergrößten Teil manuelle Arbeit in Frage. Ausfallende Arbeit kann hier sofort von Neueingestellten verrichtet und ersetzt werden. Durch Rationalisierung und durch die Krise selbst sind genug arbeitslose, einseitige Kräfte vorhanden, die in der Lage sind, sofort jede in Frage kommende produktive Arbeit zu verrichten. Für viele Berufsgruppen, die sonst noch in der feinkeramischen Industrie vorhanden sind, trifft das oben Gesagte ohne weiteres auch zu. Es ist hier in allen Abteilungen gleichgültig, wie lange täglich oder an wieviel Tagen in der Woche gearbeitet wird. Bei der jetzigen Kurzarbeit arbeiten eine ganze Anzahl Betriebe 24, 32 oder 40 Stunden in der Woche. Betriebstechnisch geht der Gang der Produktion geregelt weiter. Alle Arbeiterinnen können sich diesem Gang der verkürzten Arbeitszeit anpassen. Ein Unternehmer könnte allerdings hier zu uns sagen: Wie wollen sie es dort machen, wo man

heute voll arbeitet? Dem wäre zu antworten, daß er, wenn wirklich kein Platz mehr für Neueinstellungen vorhanden ist, den Teil seiner Aufträge, den er in eigenen Betrieb nicht herstellen kann, an einen weniger gut beschäftigten Betrieb weiter gibt. Das machen Unternehmer ja auch bei Hochkonjunktur. Wir können verschiedentlich nachweisen, daß sehr gut beschäftigte Betriebe Aufträge an weniger gut beschäftigte Betriebe abgeben haben. Wir erinnern weiter daran, daß in der Porzellan- und Steingutindustrie durch die für den Geschirrerwerb beschlossene Kontingentierung gleiche Beschäftigten der Aufträge heute schon vorgenommen werden. Aber diese Frage soll unsere geringste Sorge sein, denn von Arbeitgeberseite wird ja seit Jahren behauptet, daß die Porzellanindustrie nur zu 75 Proz. ihre Kapazität ausnützt. Wenn das stimmt, dann muß noch in den Betrieben der Porzellan- und Steingutindustrie genügend Platz für Neueinstellungen und auch genügend Dienraum vorhanden sein, um eine erhöhte Beschäftigtenzahl, wenn auch bei kürzerer Arbeitszeit, in den Betrieben unterzubringen.

Ausschlaggebend wird nun für die Unternehmer sein, daß sie durch die verkürzte Arbeitszeit und durch die Neueinstellung von Arbeitslosen erhöhte Belastung an Sozialausgaben zu tragen haben. Dem können wir entgegenhalten, daß auch dem Unternehmer in Notzeiten zugunsten werden kann und muß, für die schwerleidenden Arbeitslosen und ihre Familien eine erhöhte Belastung zu tragen. Denn dadurch werden ja auch Ausgaben, die heute Länder und Gemeinden für Wohlfahrtszwecke auswerfen und die die Unternehmer als Steuerzahler mit aufbringen müssen, erspart.

Aus alledem geht hervor, daß in der feinkeramischen Industrie die vierzigtägige Wochenarbeitszeit ohne besondere Nachteile eingeführt werden könnte. Die Widerstände, die auftauchen würden, könnten nur prinzipielle sein.

## Villeroy & Boch in Dresden und die Spülwarenindustrie

Die Begründung des Stilllegungsantrages der Firma Villeroy & Boch für den Dresdener Betrieb mit Unrentabilität reizt gerade dazu, sich damit auseinanderzusetzen. Vor kurzem belonte ein Arbeitgeber der feinkeramischen Industrie, daß die Firma Villeroy & Boch in Dresden tungslos sei und viele deutsche Steingutwerte, die sich mit der Spülwarenherstellung befassen, dort Kurierungen gewonnen und sich die dort erzielten Erfahrungen nutzbar gemacht hätten. Die Auffassung dieses Herrn ist zweifellos zutreffend und richtig. Um so mehr muß man daher seine Verwunderung ausdrücken, daß gerade dieses Werk heute seine Pforten schließen muß. Ein kleiner Rückblick auf die Geschichte der Spülwarenfabrikation soll gleichzeitig das Unhaltbare der oben erwähnten Behauptung dartun.

Bis zur Jahrhundertwende war die Verwendung von Spülwaren (Klosetts, Waschtische, Harndecken usw. aus Steinzeug) mehr oder weniger Luxus. Nur in den Wohnhäusern der vornehmen Viertel und in besseren Hotels war Sanitärsteinzeug anzutreffen. Der Bedarf wurde vom Ausland, hauptsächlich von England, gedeckt. Die deutsche Steingutindustrie fand lohnende Beschäftigung bei der Geschirrerzeugung und war damit zufrieden. Aber immer mehr zeigte sich Porzellan in Form von billiger Stachelware als Konkurrenz, und begann das Steinzeuggeschäft auf dem Markt zu beherrschen. Auf der Suche nach profitablen Produktionsmöglichkeiten kam der Industrie die fortschreitende Hygiene zur Hilfe. Eine große Anzahl Gemeinden baute die Kanalisation aus, verlangte bei Neubauten den Einbau von Spüleinrichtungen und war auch bestrebt, die schon vorhandenen Wohnhäuser an die Kanalisation anzuschließen. Der Bedarf wuchs ungeheuer, und die ausländischen Fabriken hatten ein Monopol bezüglich der Lieferung und Preise. Die Firma Villeroy & Boch in Dresden gehörte zu den Betrieben, die zuerst die Verdienstmöglichkeiten, die hier auf der Straße lagen, erkannten. Bei der Einführung dieses Produktionszweiges half ihr, daß sie das damals verhältnismäßig noch neue Gießverfahren in den Dienst der Sache stellen konnte. Spülwaren hat Villeroy & Boch schon in den 80er, 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hergestellt, aber nur sehr wenig Absatz, besonders reich verzierte Wandbecken und Wandbrunnen. Die Spülwarenfabrikation bei Villeroy & Boch gehörte zu den am weitesten entwickelten der Dreherei, und jeder Dreher war bemüht, in dieser Abteilung arbeiten zu können. Die schwierige Massbearbeitung brachte es mit sich, daß den Dreheren einigermaßen auskömmliche Verdienste gestattet werden mußten.

Die eigentliche Spülwarengießerei bei Villeroy & Boch in Dresden ist aus ganz kleinen Anfängen Ende der 90er Jahre entstanden. Von vornherein war die Arbeiterschaft, die ihren Erfolg in der Hauptsache aus der Dreherei fand, mit großem Interesse bei der Sache. Als erste Modelle dienten die auf dem Markt erhältlichen englischen Abortkänder und Waschtische.

Sehr bald gestattete die Erfahrung den beteiligten Arbeitern, praktische Änderungen und neue Einrichtungen zu erfinden. Den Ruhm davon hatten allerdings andere Leute, und nicht die Arbeiter. Als andere Unternehmer beobachteten, daß die Geschäfte klappten, wandten auch sie sich der Spülwarenherstellung zu. Die Engländer wollten sich nicht so ohne weiteres vom deutschen Markt verdrängen lassen. Sie errichteten, weil ihnen die zum Schutz der jungen Industrie geschaffenen Zölle die Einführung erschwerten, in Deutschland selbst Fabriken. Für die deutschen Firmen ergab sich bald die Notwendigkeit, wenn sich auf dem Spülwarenmärkte bezüglich der Preise nicht chaotische Zustände entwickeln sollten, einen Wirtschaftsverband zu gründen. Die englische Firma Johnson in Wexel schenkte dem Beitritt zu diesem Verband ab und unterbot die von diesem beschlossenen Preise. Daraus entstand etwa um 1910 herum ein Preisstreik, in dem Johnson unterlag.

Einen Auftrieb für die Spülwarenindustrie bedeutete auch die internationale Hygiene-Ausstellung 1911 in Dresden. Auf dieser Ausstellung war die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie in einem guten Licht erkennbar. Während des Krieges war für hygienische Bedarfsartikel der Markt sehr eng geworden, aber sofort nach Beendigung lebte die Spülwarenindustrie wieder sehr auf.

In der Nachkriegszeit hatte die Betriebsleitung von Villeroy & Boch in Dresden den guten Einfall, sich die Erfahrungen der Arbeiterschaft noch mehr als bisher zunutze zu machen, indem sie den Arbeitern mehr freie Hand ließ, als das in der Vorkriegszeit der Fall gewesen war. Der Nutzen für die Firma stellte sich auch bald ein, indem die Leistung durch Verbesserung der Formen und Arbeitsmethoden einen großen Aufschwung erreichte, der aber materiell dem Arbeiter noch nicht einmal den Reallohn der Vorkriegszeit einbrachte. Die Betriebsleitung hat aber leider verkannt, auch ihrerseits aus den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen die notwendigen Schlüsse zu ziehen. So ist heute noch im Betrieb nichts geschehen, um die unzulässigen Transportverhältnisse zu modernisieren. Heute noch werden die Arbeitsstücke hin- und hergetragen, ehe sie zur Ablieferung gelangen können. Auch der Transport in das Brennhaus vollzieht sich noch wie vor 30 Jahren. Das dabei viel Schaden entstehen mußte, ist klar. Das Brennverfahren hat auch seit Jahrzehnten keine Verbesserung erfahren. Es ist, als wenn man in Dresden von Transporteinrichtungen und Tunneln noch gar nichts gehört hätte.

Da brauchte nur noch eine solche Wirtschaftskrise wie die gegenwärtige dazu kommen, in der fast nichts gebaut wird, um die Betriebsleitung in die Lage zu versetzen, behaupten zu können, auch diese Abteilung arbeite unrentabel. Daß die Schwierigkeiten der Spülwarenindustrie, die auch andere Werke ergriffen haben, nur auf den mangelnden Absatz im Inland zurückzuführen sind, beweisen auch die Anfahrtsziffern, die trotz der Unkenntnis der Verhältnisse eine Steigerung erfahren haben. Wir zweifeln auch gar nicht daran, daß Dresden — zum mindesten

die Spülwarenindustrie — wieder erörtern wird. Auscheinend will man sich aber auch hier die schöne Gelegenheit zu einem Nischaug in die Taschen der Arbeiter nicht entgehen lassen.

Wenn die Dresdener Arbeiterschaft aus der Affäre weiter nichts gelernt haben sollte, so wird sie aber gemerkt haben, daß auch die Firma Villeroy & Boch genau wie alle anderen Unternehmen, wirtschaftliche Schwierigkeiten in erster Linie auf dem Rücken der Arbeiter austrägt. Diese Erkenntnis ist auch etwas wert. Hoffentlich wird das nicht vergessen.

### Sünnenknecht

Sonderbare Methoden scheinen in der Porzellanfabrik Gebr. Schönan, Zwaine & Co. Dursen, einack, Platz zu greifen. Für die Firma, spezialisiert durch Direktor Schneeweiß, und dessen treuen Trabanten, den Herren Karl sen. und jun. kommt das Besetzen eines Tarifvertrages gar nicht in Frage. Sie mühen den Arbeiterinnen einfach zu für Stundenlöhne von 10 bis 15 Pf. zu arbeiten. Man muß sich wundern, daß sie überhaupt nicht verlangen, die Leute sollen ganz umsonst arbeiten. Nachdem sie den Betrieb in Grund und Boden hineingewirtschaftet haben, wäre dies eigentlich das Richtige. Besonders Herr Betriebsleiter Karl steht auf dem Standpunkt, daß die Löhne durchaus, wenn nicht gerade horrend, aber angemessen wären und doch heute alles zum Menschenfalle, den halbtönen Betrieb aufrechtzuerhalten. Man muß sich wundern, daß die Meister und Facharbeiter in solchen Fragen überhaupt nichts mitzubedenken haben, sondern daß Herr Karl als alleinseligmachende Maschine im Betrieb schalten und walten kann, wie er will. In den Dreherinnen, die doch sicher bei jeder Porzellanfabrik als gute Arbeitskräfte geschätzt werden, hat man das oben erwähnte Experiment vorgenommen. Den Kolleginnen wurde erklärt, daß sie, wenn sie mit diesen Freisen und Löhnen nicht einverstanden wären, ruhig gehen könnten, man bekäme ja genug andere Arbeiterinnen. Man glaubt auf Grund der schlechten Wirtschaftslage und der vom Kapital verjageten Krise, der Arbeiterschaft dies bieten zu können und das traurigste dabei ist, daß die Angestellten, die auch nur von der Hand in den Mund leben, noch dazu helfen, um nach Möglichkeit den Lohnstand der Fabrikarbeiter zu untergraben. Die Kolleginnen haben sich dies aber nicht bieten lassen und haben der Firma gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß sie unter keinen Umständen für solche Löhne arbeiten. Man muß den Dreherinnen sogar noch zu abends Überstunden für solche Stundenlöhne zu machen. Wir erlauben deshalb alle Arbeiterinnen vom hiesigen Bezirk, und vor allen Dingen die Organisierten, unter keinen Umständen die Arbeit bei der Firma Gebr. Schönan, Zwaine & Co. in dieser Abteilung anzunehmen, auch dann nicht, wenn sie durch das Arbeitsamt vermittelt werden. Bevor die Angelegenheit nicht zur Zufriedenheit der Kolleginnen geregelt ist und dieselben der tarifliche Lohn garantiert wird, bitten wir jede Arbeitsaufnahme in diesem Unterbetrieb abzulehnen und sich vorher mit der Verbandsleitung Sonnberg (Vollshaus) in Verbindung zu setzen.

### Holenbrunn.

Warnung! Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Isolatoren- und Dreher bei der Steatit-Magnesia A. G. in Holenbrunn haben sich in den letzten Monaten durch den Direktionswechsel, insbesondere durch das scharfe Austreten und durch den starken Druck des Herrn Behrens, bedauerlich geändert, und bei den Dreher ein sehr starker Unwille und eine Erregung gegen diese Maßnahmen Platz gegriffen haben, wobei die Verletzung besteht, daß es zu ersten Konflikten über Gegenmaßnahmen kommen kann.

Die Direktion, besonders Herr Behrens selbst, ist auf kein unbefugtes, scharfes, reizbares Verhalten, wie er es den Dreher gegenüber zum Ausdruck bringt, aufmerksam gemacht und ihm erklärt worden, daß solche Zustände, wie sie von ihm heraufbeschworen, für die Dreher untragbar sind und Unzufriedenheiten, entstehen werden, deren Verantwortung Herr Behrens übernehmen muß.

Nicht allein dieser Grund gibt uns Veranlassung, die Isolatoren- und Dreher der elektrischen Hochspannungsfabrikation im ganzen Reich vor Arbeitsaufnahme nach Holenbrunn zu warnen und sie vor event. Schaden zu bewahren, sondern es besteht weiterhin für jeden Dreher, der in Holenbrunn Arbeit aufnehmen würde, die Gefahr, daß er ebenfalls, wie die im Betriebe beschäftigten Dreher, als Wirtler hingestellt wird.

Die Firma Steatit-Magnesia A. G. in Holenbrunn will für die Hochspannungsfabrikation nur erstklassige Dreher (Spezialisten), die 100prozentige gute Ware, und zwar ohne jeden Fehler herstellen sollen, und die sich mit einem Stundenlohn von 80 Pf. begnügen. Der Firma muß beigebracht werden, daß sie Spezialkräfte entsprechend ihren qualifizierten Leistungen auch entsprechend bezahlen muß.

Die Gauleitung, Wilh. Frenzel.



## Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit.

3 Millionen Arbeitslose, davon schätzungsweise 800 000 Arbeitslose aus der Bauwirtschaft, eine Ziffer, die immenses Elend in sich birgt und die Frage aufwerfen läßt — was soll werden? Eine Behebung der Wirtschaft ist für die nächsten Monate wohl nicht zu erwarten, es muß im Gegenteil damit gerechnet werden, daß mit dem Einsetzen der kalten Winterzeit zahlreiche Saisonparten, besonders aber die Bauwirtschaft, noch eine große Zahl von Arbeitskräften, die in die Hunderttausende geht, freisetzt. Kenner der Verhältnisse sprechen von einer Arbeitslosenziffer von 5 Millionen, die uns der kommende Winter besichern wird.

Was die Arbeitslosenfrage so fürchtbar macht, ist einmal der Umstand, daß der Arbeitssuchende auf Monate hinaus keine Aussicht hat, im Arbeitsprozeß wieder eingegliedert zu werden und des anderen die daraus entstehende Folgerung, daß wir heute schon fast 1 Million Ausgeheuerte haben, deren Zahl tagtäglich ansteigt. Die Gefahr ist riesengroß, daß Hunderttausende von Volksgenossen und Verbandskollegen materiell zugrunde gehen und seelisch verkommen. Wollen und können wir dem ruhig zusehen? Eine materiell geldliche Unterstützungsmöglichkeit außerordentlichen Umfang annehmen, um nur etwas herzugeben? In Not zu stehen. Für längere Zeit diese Ausgeheuerteten über Wasser zu halten, dürfte Hunderte von Millionen Reichsmark erfordern. Die Aufbringung der Summe würde, da andere Stellen verfallen, der Arbeiterschaft große Opfer zumuten. Trotz solch großer Opfer werden nur einem Teil der Arbeitslosen geholfen, aber auch diesen nur bedingt. Die materielle Not wäre vielleicht etwas erträglicher geworden, wenn auch nur für gewisse Zeit, aber die seelische Not ebenso fürchtbar wie die materielle, bliebe bestehen und würde dauernd größer. Lange Monate heraus aus der Arbeit, aus dem Fach, aus dem Beruf, bedeutet eine Verkümmern des Könnens, ein Aufgehoben an sich selbst und seinen Fähigkeiten, bedeutet aber auch eine Entwürdigung, die schwere Gefahren in sich birgt.

Wollen wir helfen, diesen ersticklichen Zustand, wenn nicht völlig zu beseitigen, so doch in etwas zu lindern?

Der Staat und die Unternehmerchaft, die beide sich berufen müssen, darüber hinaus aber auch verpflichtet sind, dem schwächeren Teil zu helfen, zu helfen in ihrer selbst wollen, haben versagt, ob absichtlich oder unabsichtlich, ob böswillig oder aus Unfähigkeit, oder aus Teilnahmslosigkeit, über die Motive läßt sich streiten, nicht streiten läßt sich darüber, daß beide versagen.

Wollen wir als Arbeiter uns damit abfinden oder gar zufrieden geben? Wollen wir warten, bis das Millionenheer der Arbeitslosen um weitere Millionen gequitten ist? Wollen auch wir uns dem Fatalismus hingeben?

Die Möglichkeit, daß alle jene, die heute noch in Arbeit stehen, morgen oder in den nächsten Wochen ebenfalls erwerbslos werden, sollte uns veranlassen, alles zu tun, um nach Möglichkeit der Arbeitslosigkeit Herr zu werden.

Ein radikal wirksames Mittel, welches geeigneter ist, schnell — und darauf kommt es an — die Arbeitslosigkeit einzudämmen und zum größten Teil zu beheben, kann nur die Verkürzung der Arbeitszeit sein. Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um ein Sechstel, also auf 40 Stunden die Woche, müßte theoretisch die bestehende Arbeitslosigkeit fast mit einem Schlag beseitigen. Im mindesten würde aber, unter Berücksichtigung aller Faktoren, die die Einräumung der Arbeitslosen in die Wirtschaft erschweren, die Arbeitslosigkeit auf ein erträgliches Minimum herabgedrückt.

Eine vernünftige und weitblickende Wirtschaftsweise hätte eine Verkürzung der Arbeitszeit längst ins Auge gefaßt müssen, wenn auch nur im vorsorglichen Sinne, obwohl eine Verkürzung der Arbeitszeit bei dem Stande der Rationalisierung schon vor mehr denn einem Jahre spruchreif war. Heute wird sie zur Lebensfrage für die Wirtschaft und muß die Verkürzung der Arbeitszeit genau so als Notstandsfrage behandelt werden wie 1924 die Verlängerung der Arbeitszeit. Eine Opfer wird es dabei nicht abgeben, und wenn schon Opfer gebracht werden müssen, und sie werden heute schon gebracht, dann sollen diese auch wirkungsvoll sein.

Mehr denn 40 000 organisierte Kollegen der Branche Steine und Erden feiern seit Monaten unfreiwillig und warten sehnsüchtig darauf, die Arbeits Hände wieder führen zu können. Eine Verkürzung der Arbeitszeit und Verfall aller Überstunden gäbe einem großen Teil dieser Kollegen die Möglichkeit, wieder aufzuatmen, zu arbeiten und damit dem gefährlichen Elend zu entkommen. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung würde auch für jene Platz schaffen, die im eigenen Beruf nicht unterkommen können.

Soll aber wirklich das Große geschafft werden, die Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozeß wieder einzurangieren, so ist keine Zeit zu verlieren. Alle bedenkenden Bedenken müssen vor dem großen Ziel zurückstehen.

Die Unternehmerchaft in ihrer übergroßen Zahl kennt keine Solidarität mit der Volksmasse. Trotzdem ihr Fundament auf dieser Volksmasse ruht, kennt sie nur Eigeninteresse. Mit uns so starker Kraft, mit uns so größerer Würde, muß daher die Arbeiterschaft, auf sich allein angewiesen, den arbeitslosen Kollegen und Volksgenossen helfen und die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen.

Die 40-Stundenwoche und das Vier-Schichtensystem ist das zur Zeit einzige Mittel, um die Arbeitslosigkeit zu hemmen, einzudämmen und zu beheben.

Außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Maßnahmen. Diese außerordentlichen Maßnahmen sind doppelt berechtigt und notwendig, da in den groberamischen und haushälterischen vorgehenden Gruppen die Rationalisierung derart vorgegriffen ist, daß auch bei günstiger Konjunktur große Beschäftigungslosigkeit herrscht.

Stieg doch in der Ziegelindustrie die Leistung des Arbeiters gegenüber 1912 um fast 150 Proz. Die Folgen sind die, daß heute 35 000 Arbeiter weniger beschäftigt werden als 1912, und demgemäß die Beschäftigtenziffer heute auf 67,9 Proz. des Standes der Vorkriegszeit gesunken ist.

Während in der Vorkriegszeit der Ziegler im Jahresdurchschnitt 9 Monate Arbeit hatte, beträgt diese Arbeitsmöglichkeit jetzt nur noch 4-5 Monate.



Schließlich liegt es in der Zementindustrie, wo die Arbeiterzahl auf 60,45 Proz. gesunken ist, so daß infolge der Rationalisierung über 5000 von der Industrie freigelegt wurden.

Eine riesenhafte Entwicklung hat auch die Wandplattindustrie genommen, wo heute überwiegend Wandarbeit geleistet wird, die fortgesetzt Arbeiterhände entbehrt.

Eine Mohrenwäsche.

Geschlagene Hunde heulen, und geschlagen waren die christlichen Gewerkschaftssekretäre Sahu und Flohr, als ihnen auf Grund unserer Artikel im „Keramischen Bund“ in Sachen Feuerfest-Wittelstein von den eigenen Kollegen das Unrecht ihres Verhaltens vorgehalten wurde.

- 1. Vortrag des Kollegen Flohr: „Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, Wege zu ihrer Behebung und unsere zukünftige Lohnpolitik.“
2. Betriebsangelegenheiten.

Was vollständig harmlos. Wäre es den Machern vom christlichen Verband um eine ehrliche Auseinandersetzung und um die von den Kollegen gewünschte Klarheit in der Angelegenheit zu tun gewesen, dann hätte man sich entweder mit unserem Verband in Verbindung gesetzt, um gemeinsam eine Versammlung einzuberufen, oder man hätte den Arbeiterrat beauftragt, eine Delegationsversammlung abzuhalfen.

Nach dem Vortrag Flohrs sollte im 2. Punkt unter „Betriebsangelegenheiten“ die Sache bereinigt werden. Flohr und Sahu glaubten, sich die Sache sehr einfach machen zu können, indem sie die bekannte Erklärung als eine Fälschung hinstellten.

Dann kam eine lange unkontrollierbare Reihe von Betrüben zur Verlesung, in denen man mehr Mitglieder habe als wir, und damit basta. Das Glanzstück leistete sich Flohr in seiner Behauptung, Wirth habe etwas Unanberes getan, indem er brauche verraten habe, was im Schlichtungsausschuß gesprochen worden sei, und er glaube ihn Eidbruch vorwerfen zu können.

Demgegenüber konnte Wirth unter Zustimmung des größten Teils der Versammlungsbesucher feststellen, daß von einem Eidbruch keine Rede sein könne. Es wäre ja auch noch schöner, wenn man das Verhalten der Christen, die in der Öffentlichkeit große Forderungen stellen, im stillen Kämmerlein der Schlichtungskammer immer umfallen, nicht mal als das kennzeichnen könnte, was es ist.

Dann gab Wirth eine objektive Schilderung des Verlaufes der Angelegenheit und stellte fest, daß die Zustimmung des christlichen Vertreters im Schlichtungsausschuß für die Verlängerung des Vertrages eine Preisgabe der Interessen der Kollegen sei. Wenn man sich das eingebrocht habe, müsse man es auch auflösen.

Die Feststellungen des Kollegen Wirth waren den Christlichen natürlich unangenehm. Es war zu verzeichnen, daß die Ausführungen von Sahu und Flohr von der Versammlung mit der größten Ruhe und ohne Zwischenrufe angehört worden waren, während die Christen bei der Rede Wirths immer unruhiger und nervöser wurden.

Das hätte den verehrten Herren Christen ja passen können. Aber man sucht ja da auch nur hinter den Vorhang, der selber ist.

Bezüglich der Organisationsverhältnisse in der Industrie und der von Flohr verteidigten Linie konnte Wirth feststellen, daß die Betriebe zum größten Teil nicht zur Feuerfestindustrie, und auch nicht zum Zementgebiet gehören. Ein Teil liegt seit Jahren still. Bei einem Teil gibt Flohr in seiner bekannten christlichen Wahnsinnigkeit mehr Fiktion als in seinem Verband an, als überhand zu Arbeiter im Betrieb beschäftigt waren.

Alle in allem: die Regie hat nicht geklappt. Es sollte eine Mohrenwäsche sein — wenn auch diesmal die Mohren rot waren. Seltsam ist das nicht, was schwarzer als man überhaupt schon ist, wie man das denkt.

da man heute im Betriebe im Kampf mit dem Unternehmer Uneinigkeit in der Arbeiterschaft nicht brauchen könne. Wirth hatte dafür Verständnis und war bereit, darauf einzugehen, unter Anerkennung, daß Streit zwischen den Gruppen nur dem Unternehmer und den Unorganisierten nützen.

Hohe Gewinne und Lohnabbau in der Kalkindustrie.

Trotz der unangünstigen Gesamtwirtschaftslage gibt es auch in der Kalkindustrie Gesellschaften, die ganz gute Gewinne erzielen. In diesen Gesellschaften zählen auch die rheinisch-westfälischen Kalkwerke Dornap, deren Geschäftsjahr am 30. Juni 1930 abschloß. Diese Gesellschaft hat es verstanden, ihren Einfluß auf dem Kalkmarkt ganz bedeutend zu erweitern.

Die Firma hat die für ihre Werke in den Bezirken Dornap und Lemmbe geltenden Lohnverträge mit Ablauf zum 31. Oktober d. J. aufgekündigt und eine Reduzierung der Löhne auf den Stand von 1927 vorgeschlagen.

In Dornap Handwerker 81 Pf., Fach- und angelernte Arbeiter 73 Pf., Ungelernte 63 Pf.

In Lemmbe Handwerker 83 Pf., Fach- und angelernte Arbeiter 75 Pf., Ungelernte 69 Pf.

Nach dem Vorschlag der Arbeitgeber sollen die Löhne ab 1. November 1930 in beiden Bezirken für Handwerker 71 Pf., Fach- und angelernte Arbeiter 63 Pf. und für ungelernete Arbeiter 59 Pf. betragen.

Gewe und Zahlstellen

Stadtdendorfer, Bezirkszahlstelle.

Am 19. Oktober 1930. versammelten sich die Betriebsräte und Funktionäre der Bezirkszahlstelle Stadtdendorf in Eschershausen, um Rückschau zu halten, um aus den vergangenen Geschäftsjahren Schlüsse zu ziehen für die Gestaltung der künftigen Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft, und um das geistige Rüstzeug zu schaffen für die kommenden Aufgaben.

Den 1. Punkt der Tagesordnung „Bericht des Vorstandes“ behandelte der Geschäftsführer Koll. V. L. B. mit einem Hinweis auf die Ursachen der unangünstigen Wirtschaftslage und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit begann er und freite in kurzen Zügen die Entwicklung der Mitgliederbewegung und Finanzen unserer Zahlstelle. An den Aufgaben übergehend führte er aus, daß ein jeder Funktionär sich seiner großen Aufgaben gegenüber den Kollegen und der Organisation bewußt sein müsse. Reizlos verantwortungsbewußte und einmündige Interessen jedes einzelnen Kollegen, intensive unermüdbare Arbeit in der Agitation sind die dringendsten Arbeiten der Gegenwart.

Am der sich anschließenden Debatte beteiligte sich der Koll. Miletzki vom Hauptverband Hannover. Seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen waren eine Ergänzung der Ausführungen des Vorredners. Insbesondere wies er das wahre Gesicht der sogenannten Arbeiterparteien auf, welche die Forderung der Gewerkschaften betreiben. Wir können und dürfen im Interesse der Arbeiterschaft den Behauptungen dieser Parteien nicht huldigen. Wir als Gewerkschaften müssen fähig werden, wir müssen sozusagen mit beiden Beinen auf dem Erdboden bleiben bei der Beurteilung von Lohn- und Arbeitsfragen, da diese rein wirtschaftliche Fragen sind.

Hierauf wurde dem Geschäftsführer Entlastung erteilt. Zum zweiten und wichtigsten Punkt der Tagesordnung: „Die Rechtfertigung des Arbeitsvertragsrechts“ erhielt der Kollege Miletzki, Hannover, das Wort. In seinem mehrstündigen

beitr. 59 Pf. betragen. Das bedeutet eine Herabsetzung der Spitzenlöhne um 9 bis 12 Pf. gegenüber dem jetzigen Stand. Man muß anerkennen, daß die Arbeitgeber der rheinisch-westfälischen Kalkindustrie äußerst „geschäftstüchtig“ sind.

Was brauchen auch die Arbeiter so hohe Löhne. Hauptsache ist, daß den volkswirtschaftlich so außerordentlich nützlichen Aktionäre ihre Bezüge gesichert bleiben. Die Arbeiterschaft kann ja bei den vorgeschlagenen Löhnen langsam hungern, es gibt ja genügend Exemplare von dieser Sorte.

Die Kalkarbeiterschaft der Gebiete Dornap und Lemmbe erhebt daraus, wohin der Weg gehen soll. Hohe Dividenden für die Aktionäre und Hungerlöhne für die Arbeiterschaft, das ist das Ideal der Unternehmer auch in der Kalkindustrie. Besteht die Gefahr, daß einmal einige Prozent weniger an Dividenden gezahlt werden können, sofort ist die Wirtschaft in Gefahr, und der Arbeiterschaft wird dann in allen Townen gelungen, daß sie ebenfalls Opfer bringen müßte. Das die oben mitgeteilten Spitzenlöhne bereits jetzt schon Hungerlöhne sind, dürfte allen objektiv denkenden Menschen, die nicht gerade den verbohrtesten Unternehmern unterworfen sind, einleuchten.

Dem noch fernstehenden Teil der Kalkarbeiterschaft der Rheinlands müßten die Pläne der Unternehmer nun endlich einmal die Augen öffnen und sie veranlassen, sich in die Reihen der organisierten Kollegenschaft einzureihen.

Als die Arbeiterschaft einig und geschlossen, so wird das Unternehmertum weniger dreist auftreten, als es gerade in der rheinisch-westfälischen Kalkindustrie der Fall ist.

Wären die Kalkarbeiter nicht wieder zum Paria herabsinken, so gibt es nur eins: Anschluß an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, und Stärkung desselben. Geht es dann werden auch die Abbaupläne der Unternehmer zu Wasser werden.

Reinfall der Wirtschaftsfriedlichen.

Die „Wirtschaftsfriedlichen“ aus dem Lager des AdV. (Reichsverbandes Vaterländischer Arbeitervereine) hatten, wie wir seinerzeit berichteten, gegen die Schlesische Portlandzementindustrie, um während der Zeit der Allgemeinverbindlichkeit des Tarifes — welcher mit dem Verbaud der Fabrikarbeiter und der Zementindustrie bis 1. April 1929 abgeschlossen war — auch die Vergünstigungen des Tarifvereinsvertrages herauszuholen. Den Zementarbeitern ist nun inzwischen klar geworden, daß ihnen der Tarifvereinsvertrag nichts einbrachte, weil sie nach 20- und 30jähriger Beschäftigungszeit restlos entlassen wurden. Es ging ihnen genau so, wie den organisierten Zementarbeitern.

Dieser AdV. wollte nun seine Ehre und den Namen retten. Den Vaterländischen ging es so, wie manchen Menschen: sie glaubten groß und mächtig zu sein, hatten aber nicht das Bürgerbewußtsein, festzustellen, daß sie sich am Ende lächerlich machten, und ihre Inflation gegen sich selbst richteten.

Sie wurden nun beim Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht abgelehnt, trotzdem eine große Kanone, nämlich Herr Dr. Meißinger (Arbeitgeberindefinit), vor dem AdV. eine „hunderttausend Mark“ streit in die Hand nehmen machte, nachzuweisen, daß die Allgemeinverbindlichkeit unfürzlich erklärt worden sei. Enttäuscht waren aber alle ihre Gemüter, als das AdV. sie mit der Klage abwies. Im Moment aber schob ein Blick aus heiterem Himmel, und zwar der Entschluß: „Wir gehen zum Reichsarbeitsgericht!“

Und am 4. Oktober d. J. verurteilte abermals das Reichsarbeitsgericht: „Die Kläger werden mit ihrer Klage abgewiesen, weil der allgemeinverbindlich erklärte Tarifvertrag dem Tarifvereinsvertrag vorgeht.“

Wer Gelegenheit gehabt hat, diese Klage zu verfolgen, wird immer das Gefühl haben, daß diese Klage im Einvernehmen mit den Arbeitgebern eingereicht wurde zu dem Zweck, die Organisation der tariffähigen Gewerkschaften zu zerstören, und schließlich das Reichsarbeitsministerium von Allgemeinverbindlichkeitsverträgen abzuklären.

Und was tun wohl jetzt die Leute vom AdV.? Sie sind arbeitslos. Auch Herr Meißinger von der örtlichen Leitung ist ohne Arbeit, denn über 1000 Zementarbeiter sind entlassen worden. Es herrscht der langgedehnte Frieden unter den Zementbaronen, zu dem die Vertreter des AdV. ihr möglichstes beigetragen haben: Zementarbeiterfamilien ohne ausreichende Nahrung; 6 Zementbetriebe stehen still; die Läger sind voll, und dennoch 15 Proz. Dividende!

Das ist das Resultat der Wirtschaftsfriedlichkeit nach dem Muster des AdV.!

cp.



Stadtdendorfer, Bezirkszahlstelle.

gen Vorträge, wobei von den einzelnen Funktionären sofort Anfragen gestellt und vom Referenten beantwortet wurden, verstand er es, einen Teil dieses gewaltigen Gebietes in meisterhafter Weise zu behandeln. Einleitend wies er darauf hin, daß die Rechtfertigung des Reichsarbeitsgerichts, welche sich als Auffassung der höchsten Instanz maßgebend auf die Auslegung der arbeitsgerichtlichen Bestimmungen auswirkte, sich mehr zu Ungunsten der Arbeiterschaft auswirkte. Er erinnerte an den Auspruch des Arbeitsrichters Dr. Singheim: „Das Reichsarbeitsgericht baut das Arbeitsrecht ab.“ Wir kennen zwei Gebiete des Arbeitsrechts, nämlich das öffentliche und private Arbeitsrecht. Im öffentlichen definiert er in anschaulicher Weise den Unterschied dieser beiden Begriffe. Arbeiterschutzrecht ist öffentliches, dagegen Arbeitsvertragsrecht privates Recht. Die Begriffe Schadenersatz, mitwirkendes Verschulden, Verschuldete, Arbeitsvertrag, Werkvertrag, Aufbewahrungspflicht, Fürsorgepflicht, Arbeitsordnung und deren Inhalt, Ubdingbarkeit und Unabdingbarkeit wurden vom Referenten eingehend an Beispielen erläutert.

Auch die Bestimmungen der Tarifvertragsverordnung, Gewerbeordnung, Arbeitszeitverordnung, Schlichtungsordnung, Reichsversicherungsordnung, Bürgerliches Gesetzbuch, Betriebsrätegesetz ufm. behandelte er ausführlich in zusammenhängender Form. Mit einem Appell an die Funktionäre, immer tiefer in diese Materie einzudringen, um dadurch besser die Fehler der gesetzlichen Bestimmungen erkennen und für deren Abänderung Sorge tragen zu können, schloß der Referent seine trefflichen Ausführungen.

Unter Punkt Verschiedenes wurden noch verschiedene Anfragen vom Vorstand beantwortet. Mit der Aufforderung an die Funktionäre, ihre ganze Kraft in den Dienst unseres Verbandes zu stellen, schloß der Vorsitzende um 5 Uhr die in allen Teilen gut verlaufene Tagung.

In Eschershausen und Umgebung gehen Angehörige der AdV. mit der Behauptung hantieren, der frühere Geschäftsführer der hiesigen Zahlstelle, Bindschütz, sei vom Verband der Fabrikarbeiter wieder eingestellt.

Diese Behauptung ist unzutreffend und wird bewußt benutzt, unsere Organisation zu mißkreditieren. Mitglieder und Angehörige, welche unseren Verband und damit die Arbeiterschaft schädigen, werden ohne jede Rücksicht ausgeschlossen. Trotz dieser unwahren Behauptung, lautet die Parole für jeden denkenden Arbeiter:

Sinein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands!



# Lübeck, 35 Jahre Zahlstelle.

Im August des Jahres 1895 wurde in Lübeck eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet. Es waren ungelernete Arbeiter der Metallindustrie, die hier zuerst den Versuch unternahmen, um auch den vielen Ungelernten eine Heimstätte zu bieten. Der Anfang war gemacht, und bald schlossen sich die Lübecker Arbeiter dem Fabrikarbeiterverband an. Einige Jahre später entstand dann die Bezirkszahlstelle. Heber manche Klippe mühte die Lübecker Zahlstelle hinweg, aber immer waren es die alten treuen Kämpfer, die den Mut verloren. Auch die jetzige Krise wird wieder überwunden werden. Durch den Kartellvertrag haben wir einen Teil der Mitglieder in der Fischindustrie abgegeben. Bei der Firma Willeroy & Koch sind 240 Mann entlassen, und davon sind 86 Proz. unserer Mitglieder betroffen worden. Das Hochwert hat rund 400 Mann entlassen, auch hier sind wir mit circa 50 Proz. beteiligt. Einige Biegeleiten haben den Betrieb nicht geübt, die Kalksandsteinfabriken liegen auch schon still, in den Kiesgruben wird nur mit halber Belegschaft gearbeitet. Schwer wurde die Konfektindustrie betroffen, zwei Betriebe standen still, und im dritten wurden nur wenige Leute einige Wochen beschäftigt. Voll wird nur in der Margarinefabrik gearbeitet (als Zeichen der Zeit). Trotz alledem konnte die Zahlstelle den Mitgliederbestand, bis auf die Übertritte, halten. Der Bestand der Lokalfasse beträgt heute 3088 Reichsmark. In einigen Tagen erfolgt der Umzug in das neue Büro. Und weil die Lage gegenwärtig unangenehm ist, hatte die Zahlstelle zu einer schlichten Feier aus Anlaß des 35jährigen Bestehens der Zahlstelle mit verbundener Jubiläumsfeier eingeladen. Kollege Dillmann würdigte die Verdienste der Jubilare, der Zahlstelle und des Verbandes und warb für weitere mühevolle Mitarbeit zum Wohle aller Fabrikarbeiter. Mit dem Gefährnis treuer, gewohnter Pflichterfüllung ging jeder Festteilnehmer wieder heim.

## Literarisches.

Die Oktober-Nummer der „Gesundheit“ eröffnet in erster Linie gesundheitliche Fragen, die für die Herbstzeit von besonderer Wichtigkeit sind. Die ausgezeichneten Illustrationen machen diese Nummer wieder besonders wirksam. Sie wird von den meisten Krankenkassen unentgeltlich an ihre Mitglieder abgegeben und kann bestens empfohlen werden.

12 Jahre freigeberwerbliches Seminar Köln am Rhein, 94 Seiten. Berlin 1930. Preis kartoniert 2,20 RM. Organisationspreis 1,50 RM. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. „Stätten und Formen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit“ heißt eine Schriftreihe des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die soeben mit dem Heft 1 erscheint. Dieses Heft ist eine Jubiläumsschrift anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Freigeberwerblichen Seminars in Köln am Rhein. In ihr werden Aufbau, Arbeit und weitere Ziele der von den örtlichen freien Gewerkschaften Kölns ins Leben gerufenen Bildungsstätte ausführlich behandelt. Es wird geschildert, welche Arbeit auf dem Gebiet der Arbeiterbildung geleistet wurde und noch zu leisten ist. Alle näher und tiefer Beteiligte an der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, sowie auch allgemein sozialpädagogisch interessierte Kreise werden aus den zehnjährigen Erfahrungen des Kölner Arbeiterseminars lernen können.

Sand und Kies, von Dr. Leon Trümpener. D. A. 5, 126 Seiten mit 33 Abbildungen. Preis 4,20 RM. Porto 0,15 RM. Kalkverlag, G. m. b. H., W. 62, Kleingartenstraße 2. Das Anwendungsbereich von Sand und Kies hat sich gewaltig ausgedehnt, die Verwendungsmöglichkeiten sind fast unbeschränkt, und auf allen Gebieten stellt man an diese so unerschöpflichen Stoffe mannigfache und wechselnde Anforderungen. Insbesondere haben sich die Anschauungen über die Bedeutung der Zuschlagstoffe für Mörtel und Beton geändert, deren Festigkeit nicht bloß von der Beschaffenheit des Bindemittels und des Mischungsverhältnisses abhängt, sondern ebensosehr durch die Eigenschaften der Zuschlagstoffe beeinflusst wird. Auch für die Verwendung von Sand und Kies für künstliche Steine, in der Keramik, der Glasindustrie, der Dieberei, des

als Schleifmittel und Füllstoff werden besondere Anforderungen in Bezug auf die Eigenschaften gestellt. Diesen Verhältnissen entsprechend, sind die Sand- und Kieswerke wirtschaftlich wichtige Betriebsstätten geworden. Die vorliegende Schrift gibt zum erstenmal eine zusammenfassende Übersicht über die Verwendung von Sand und Kies und die jeweils geforderten Eigenschaften. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis, eine umfassende Liste von Benennungen und ein Sachverzeichnis erleichtern die Benutzung der Schrift, die durch 33 Abbildungen anschaulich gestaltet worden ist. Sie kann daher zur Anschaffung bestens empfohlen werden.

Tiere, Sonnen und Atome. Das Wissensgebiet, das Curt Bizing in seinem letzten Werk „Tiere, Sonnen und Atome“, aus der Entwicklungsgeschichte der Welt und ihrer Bewohner, in 14 Bänden, dem Leser nahebringt, ist sonst in einer gewaltigen Literatur niedergelegt, die sich auf zahlreiche Gebiete erstreckt. Diese Literatur schwillt von Woche zu Woche an. Seit Haackel, Bötsche und Günther ist kein nennenswerter Versuch unternommen worden, die Entwicklungslehre in ihren sämtlichen Unterabteilungen allgemeinverständlich darzustellen. Was bisher auf diesem Gebiet vorlag, schreckte schon durch den mehrbändigen Umfang und den hohen Preis den Käufer ab. Dazu kam, daß die Naturwissenschaften sich seit Jahrzehnten in einer schweren Krise befinden, in der die Mehrzahl der alten Dogmen umgeworfen wurde. Außer den großen Wälzern, in denen das natürliche Geschehen von Urbeginn bis heute geschildert wird, existieren sonst meist nur kurze, kompendienhafte Abrisse, die mehr als Wiederholungstabellen nach Vortragskursen gedacht sind. Die ersten sind zu umfangreich, die letzten zu kurz. Die ausführlichen, lehrbuchmäßigen Werke setzen beim Leser schon ein fast fachliches Interesse voraus, sie erfordern Fleiß und Geduld, bis man sich durch sie hindurchgearbeitet hat, und außerdem eine gewisse zeitige Frische, die der Wertigkeit nach der Berufsarbeit des Tages nicht mehr auszubringen vermag. Man kann keinem Arbeiter zumuten, daß er abends müde und abgespant, sich noch schart auf ein breit ausgelegtes Wissensgebiet konzentriert, das auch für den Ausgerubten keineswegs Unterhaltungsliteratur darstellt. Und zum Verständnis der Abrisse gehört bereits Vertrautheit mit dem Gegenstande; zur Einführung sind sie nicht geeignet. Bizing hat es geschickt verstanden, beide Klippen zu umfahren. Er vermeidet die fachlehrte Breite ebenso wie die reizlose Kürze des wissenschaftlichen Glaubensbekenntnisses, die von Komplexen einen stud. Er gibt keine lehrbuchmäßige Darstellung, sondern lockert die ganze Masse in Einzelstücke auf, deren jedes für sich allein gelesen werden kann, in sich abgeschlossen bleibt und doch in den Reigen des Ganzen gestellt ist. Man braucht dieses Buch nicht systematisch durchzuarbeiten, man kann es etappenweise lesen und wird zum Schluß doch ein abgerundetes Bild erhalten. Natürlich geht es nicht ohne Polemik ab. Wenn Bizing „anakt“, geschieht das mit einem Humor, dem jede Bösartigkeit fehlt, ohne daß der Angriff dabei an Schärfe verliert. Und das ist vielleicht gerade das Wertvolle an Bizing's Buch. Solange eine Wissenschaft noch lacheln kann, ist sie jung und lebensfrisch.

# verbandsnachrichten

## Bildungsarbeiten des Verbandes.

In unserer Jubiläumsschrift „40 Jahre Kampf“ ist auch die Entwicklung unserer Bildungsarbeiten dargestellt und gezeigt, was der Verband bisher durch seine Bildungskurse geleistet hat. Nunmehr soll wieder ein Schritt vorwärts getan werden insofern, als voraussichtlich für das 1. Halbjahr 1931 Kurse von dreiwöchiger Dauer stattfinden sollen und bereits auch ausgeschrieben sind.

Der Vorstand sah sich veranlaßt, den immer wiederkehrenden dringenden Wünschen der abgehenden Kursteilnehmer nachzugeben. Es wurde betont, daß eine längere Kursdauer notwendig sei, um den behandelten Lehrstoff gründlicher und eingehender verarbeiten zu können.

Auch bei den Lehrern ist schon seit langem die Erkenntnis vorhanden, daß das gesteckte Ziel innerhalb zwei Wochen schwer

zu erreichen ist. Nur die Tatsache der größeren Belastung, die auf den einzelnen Lehrer durch die Verlängerung der Kurse fällt, war Veranlassung, das Verlangen auf Verlängerung der Kursdauer immer wieder zurückzustellen. Allerdings spielen auch die Bedenken, daß sich durch die notwendig werdende Verlängerung des Kredits Schwierigkeiten ergeben würden, eine nicht untergeordnete Rolle.

Die sechs dreiwöchigen Kurse im ersten Halbjahr 1931 werden bewerkstelligt werden, ob diese Dreiwöchentkurse eine dauernde Einrichtung werden können.

Weiter plant der Vorstand für das 2. Halbjahr 1931 Angestelltenkurse von zweiwöchiger Dauer. Die ersten Ergebnisse einer Rundfrage unter den Angestellten ergaben eine geradezu begeisterte Zustimmung, die zeigt, daß auch bei unseren Angestellten der dringende Wunsch besteht, ihr Wissen zu erweitern.

Wenn auch der Lehrplan für diese Kurse äußerlich der gleiche ist wie bei den Funktionärskursen, so wird doch bei den Angestellten der Lehrstoff ein anderer sein müssen, um eine gründlichere und weitgehende Behandlung der neuen Zeit- und Streitfragen auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, des Verbandslebens und des Rechts zu ermöglichen.

Die Auswirkungen unserer Schulungsarbeit fließen mit den Aufgaben unseres Verbandes immer mehr zusammen, ja daß wohl anzunehmen ist, daß die Schulungsarbeit zum dauernden Bestand unserer Verbandstätigkeit werden wird.

## Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurden gemäß § 14, Ziffer 2a in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Geesthacht: Willi Weber, Buchnummer S II 484 389, und Adolf Wilkens, Buchnummer S II 648 544; ferner gemäß § 14 Ziffer 3d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts das dreijährige Mitglied der Zahlstelle Sameln (Weser): Heinrich Senbold, Mitgliedsnummer 957 685.

## Arbeitsmarkt.

(Anzeigen unter Schiffe werden nicht aufgenommen.)

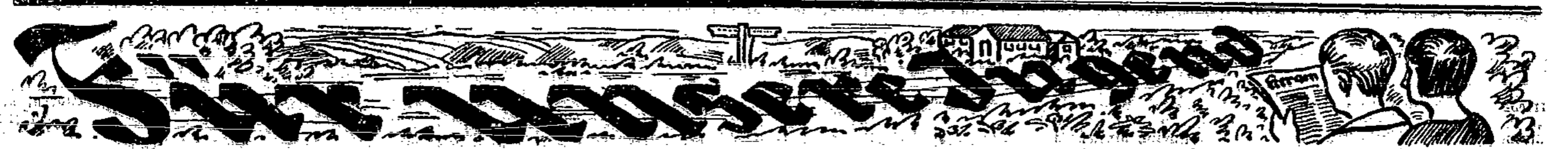
Zur Einrichtung eines vorhandenen Meßers für das Mattieren von Beleuchtungsgläsern wird vorübergehend eine hierin erprobte Persönlichkeit gesucht. Angebote sind zu richten an Willi Arnold, Schönborn, N. L. (47/30).

Junger Portiermacher (gel. Glasmacher), 28 Jahre alt, ledig, auf Bourcaut-Maschine gut eingearbeitet, sucht baldige Stellung. Angebote an Paul Bauer, Trübel, N. L., Steffenstr. 10.

Junger Porzellanmaler, der in allen vorerwähnten Arbeiten bewandert ist, sucht sofortige Stellung. Er besitzt gute Kenntnisse. Offerten an den Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Freiberg i. Sa., Brüderstr. 8, I., erbeten.

Lebiger Glasmacher, gut eingearbeitet auf Medizinglas, Flaschen und Flaschen, auch als Kältemacher, sucht Stellung. Angebote an die Redaktion unter „F. 37“ erbeten.

Tüchtiger, lebiger Dreher und Vieker, firm in allen vorerwähnten Arbeiten der Dreherei und Vieherei, sucht Stellung in Porzellan- oder Steinzeugfabrik. Angebote sind erwünscht unter „F. 38“ an die Redaktion des „Keramischen Bundes“.



## Kameradschaftssang.

Kamerad, wenn dich hungerst,  
Komm zu mir!  
Teilen will ich farges Mahl,  
Kamerad, mit dir!

Kamerad, du mußt tapfer sein  
Mit uns allen!  
Soll uns Schiff erstehen, sei uns  
Kamerad in allem!

Alexander Werth.

## Nationalismus, Diktatur, Sozialismus.

Eine geistige Suche rafft durch die Welt: der krankhaft übersteigerte Nationalismus. Italien, Ungarn, Deutschland, Polen, Tschechoslowakei, Finnland, Oesterreich, Serbien, Rumänien — in allen diesen Ländern überschlagen sich die aufgepeitschten nationalistischen Instinkte in Morben, Schlägereien und Krawallen. Geringfügige Grenzverletzungen werden ins Maßlose aufgebauscht. Immer ist der andere Schuld. Immer ist der andere der böswillige Mordherrscher. Drüber erlaubt sich ein schlecht einflussloses Blatt, ein verantwortungsloser Schreiber irgendeine nationalpolitische Ungezogenheit: schon erhebt sich über ein schredliches Getöse über die abgrundtiefe Schlächtigkeit des ganzen Volkes von drüber. Die nationale Seele schäumt, locht und sprudelt in heiliger Entrüstung. Jeder Nationalist glaubt, sein Volk sei das beste, seine Sprache sei die schönste, die Sitten seines Volkes seien die vollkommensten, sein Vaterland sei das herrlichste, nur seine Nation sei berufen, Beherrscher und Führer der übrigen Welt zu sein. Jeder Nationalist betrachtet den von drüber als vollendeten Hyänen, dessen Sprache „so komisch“ klingt. Ja, selbst innerhalb eines Volkes belegen sich beschränkte Volkspatrioten mit den lieblichsten Spottworten, als da beispielsweise sind: der „Saupreiß“, der „scheele Gesse“, der „Mfänger“, der „Naspreißer“ usw. Dabei hat jede Sprache ihre Schönheiten, wenn man sie nur gründlich beherrscht. Jede Sprache hat keinen anderen Zweck als den der Verständigung. Darum ist auch jede Sprache gut, jedes Land ist schön für den, der darin aufgewachsen ist. Den von drüber deswegen zu hassen ist daher unanständig und zeigt von einem großen Mangel an welt-politischem Verständnis. Menschen, die mehrere Sprachen beherrschen und in der Welt herumgekommen sind, sind darum auch fetter ausgesprochene Nationalisten. Aber an jeder Grenze sitzen zwei „Erbskinder“, deren nationalpolitische Sehnsüchte schon dafür sorgen, daß die gegenseitige nationalpolitische Sehnsucht nicht zu Schanden wird.

Früher, besonders im Mittelalter, waren es die religiösen Streitfragen, die ganze Völker in den Abgrund der Vernichtung stießen. Millionen von Menschen wurden der Ausbreitung der „einzig richtigen“ Religion geopfert. Jahrhunderte lang wüteten die Religionskriege und überzogen die ganze Erde mit wahnwüthigen Grausamkeiten und Greueln. Zur Ehre Gottes troffen die Scherzer von Blut, Scheiterhaufen, Galgen, Folterwerkzeuge vernichteten Gut und Leben. Dörfer und Städte gingen in Flammen auf. Der Irren der religiösen Unabkämheit schlug seine Klauen und Krallen in die Gehirne. Die gefante Menschheit verfiel der geistigen und leiblichen Erschöpfung. Allmählich, wie nach einer langen Krankheit, kam sie zur Besinnung, geweckt durch freigeitige Philosophen. Der religiöse Fanatismus verzehrte langsam

und ließ nur noch die Erinnerung an die Schreden verflohenen Jahrhunderte zurück.

Die Abkehr von unfruchtbaren religiösen Streitfragen lenkte den rastlos strebenden Menschengeist auf Gebiete, die noch kein Pfug der Fortschritts berührte. Die Struktur der Wirtschaft, der Gesellschaft begann ihn zu interessieren. An der Spitze der neuen Probleme marschierte die Notwendigkeit, die Daseinsbedingungen der schaffenden Volksschichten der fortschreitenden Kultur anzupassen. Die durch Sitte und Sprache zwischen den einzelnen Völkern aufgerichtete Schranke wurde moxich und fallereif, bis sie die Entwicklung der Technik und des Verkehrs zum Teil wenigstens verwaschen und die schaffende Menschheit erkennen ließ, daß weder religiöse noch nationale Fragen eines Kampfes um den Fortschritt wert sind, sondern ausschließlich die Heberbrückung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterschiede innerhalb einer Nation und in weiterer Folge innerhalb der Menschheit ins-gesamt. Aus dieser Erkenntnis heraus entstand der furchtbare Gedanke des Zusammenschlusses aller zur Besserung der Daseinsbedingungen gleichstrebenden Kräfte auf internationaler Grundlage, also ohne Rücksicht auf Religion und Nationalität.

Die Entwicklung des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der schaffenden Stände auf internationaler Grundlage ist bekannt. Unaufrichtig schreitet sie voran und überwindet die Hindernisse, die der Geist einer versinkenden Epoche ihr noch aufrichtet. Immer breiter und tiefer wirkt der Einfluss des organisierten Willens auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände. Das hat der Kapitalismus gut begriffen. Er merkt, wie die Wellen der Arbeiterbewegung zähe und rastlos den Fels seiner Herrschaft umbranden und Stück um Stück aus seinem Gefüge reißen. Dagegen aber wehrt sich der Kapitalismus mit den ihm eigenen Strauchrittermethoden. Die praktiziert er vorläufig noch mit gutem Erfolg, und zwar dadurch, daß er zwischen Völkern und Ständen den Rankel der „nationalen Belange“, der Profitgier und zum Teil auch der Religion wirft. So spielt er die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Gegensätze gegeneinander aus. Die heutige Zeit ist eine Epoche nationalitätlicher Heberbrückung. Die nationalpolitische Erregung fand schließlich ihren schredlichsten Ausdruck im Weltkrieg, in dem der Wahnsinn eines künstlich genährten Völkerverhasstes nie mehr über-treffbare Orgien feierte. Dieser Wahnsinn erfährt seine Fortsetzung nunmehr im Faschismus, im Nationalsozialismus. An diesen letzten Strahlhalm klammert sich der im Abstieg begriffene Kapitalismus. Deshalb bekämpft er mit allen Mitteln alle Bestrebungen, die der Befriedigung der Welt dienen, beispielsweise die Idee der Vereinigten Staaten Europas, den Kellogg-Pakt, den Völkerbund. Deshalb formiert er seine Nazis und Stahlkolonnen gegen das Volkwerk dieser Bestrebungen: freie Gewerkschaft — Sozialdemokratische Partei. Deshalb forciert er die Nationalisierung, um die Arbeitslosigkeit künstlich zu steigern und so die müde gemachten Arbeitlosen zu Verzweiflungsstaten zu treiben. Deshalb wütet er gegen Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, gegen jede soziale Verbesserung, um die hungernden Massen unter seinen Stiefel zu zwingen und dann die alte Form seiner Macht, militärische und obrigkeitliche Gewalt, wieder aufzurichten. Deshalb bekämpft er die Demokratie, weil er weiß, daß diese die Grundlage der Selbstbestimmung und des Zusammenhalts innerhalb der Arbeiterklasse ist. Das Volk soll nicht nach seinen Wünschen gefragt werden, es soll wie früher widerstandslos gehorchen. Dieses ehrenwerte Ziel kann aber nur durch die primitivste Regierungsform erreicht werden: die Diktatur.

Die Diktatur ist die Verneinung jeder politischen und sozialen Freiheit, ist die Verneinung menschlicher Gleichberechtigung. Gewalt ist der Grundstein ihrer Herrschaft. Ausnahme-gesetze, Standrecht, Polizei, Militär, Geheime Justiz sind ein verdächtiger Begriff. Gesprochen und geschrieben darf nur werden, was von oben zugelassen ist. Schon Bismarck hat gesagt, mit Ausnahme-gesetzen könne jeder Dummkopf regieren. Ganz recht, denn Diktatur ist nichts anderes als Tyrannie: Unterdrückung von oben, Sklaverei von unten. Die Diktatur kann nur brutal sein, mit Recht und Gesetz weiß sie nicht viel anzufangen. Beweis: Italien, Rußland, Ungarn. Aufrechte Menschen können unter der Diktatur nicht gedeihen. Spindel, Leifreter, Gefinnungstumpen behaupten das Feld. Jede ehrliche Kritik, jede Kontrolle, jede Beziehung zum Volk bleibt unterbunden. Der Diktator ist ein Mann des Schreckens, ein Satrap ohne Gewissen. Die besten Kräfte und Talente des Volkes verkümmern im Schatten, bleiben ungenutzt, ungeschult. Bis einmal die Zeit kommt, wo eine allgemeine Korruption, ein Kampf aller gegen alle die fluchbeladene Diktatur mit Haut und Haaren aufrührt.

Jede Diktatur muß einmal fallen, weil sie nur in der ständigen Atmosphäre eines knechtlichen und widerlofen Volkes gedeihen kann. Sie muß vor allem auch deshalb fallen, weil sie für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Menschheit ein Hindernis bildet. Ehren und zielehrer schreitet diese Entwicklung voran, wenn auch nicht immer auf geradem Wege. Die dauernde Entfremdung der Völker gelingt dem Kapitalismus nicht mehr, wenn auch die scheinbaren Erfolge seiner Stoktruppe, der Nationalsozialisten, dies glauben machen könnten. Und scheinbare Erfolge trügen immer. Die fortschreitende Technik überbrückt die Schranken zwischen den Völkern immer mehr. Der Verkehr, der Zeit und Raum immer spielender bewältigt, vernichtet die Völker gewissermaßen zu einer Nation. Die Unterschiede in Sprache und Sitte verwaschen sich. Eine Weltsprache, etwa das Esperanto, wird dazu das ihrige beitragen. Sie wird einmal ihren Siegeszug durch die Welt antreten, weil sie eine Notwendigkeit ist. Einmal werden auch die Grenzen fallen, weil sie die Menschheit, die nach uns kommt, im Fortschritt, im Niedergang kulturwidriger Verhältnisse behindern. Wenn also die Nationalsozialisten zur Herrschaft im Staate kämen, würden sie die sich türmenden Schwierigkeiten noch weniger meistern können als die Kommunisten in Rußland. Zum letzten Male bäumt sich der Kapitalismus auf, diesmal durch nationalsozialistische Sturmabteilungen. Seine Zeit ist im Wanken begriffen.

Sein Erbe wird der Sozialismus antreten. Dies Erbe wird aber vorläufig schwer zu ordnen und zu verwirklichen sein. Aufgaben und Schwierigkeiten, gigantisch und latent-schwanger, werden von allen Gebieten des menschlichen Daseins an die Erbskinder heranströmen. Sie in das rechte Licht zu setzen, dazu ist die sozialistische Gemeinschaft, die organisierte Arbeiterklasse berufen. Ungeheuer ist die Verantwortung. Aber wenn ihr die berufliche Verständigung auf internationaler Grundlage gelang, wird ihr wohl auch die politische und gesellschaftliche Völkerverständigung gelingen. Ohne Demokratie ist aber dieses weltumwälzende Ziel nie zu erreichen. Auf dem Baume der Demokratie müssen sich alle Äste, alle Zweige, alle Äste frei und ungehindert entwickeln, kein Tropfen Saft darf abgeleitet werden. Heute befinden wir uns im Rastkessel der sich organisch und folgerichtig entwickelnden Revolution des Geistes, der Kultur, der Wirtschaft. Einige Generationen später wird das neue Weltbild auch den neuen Rahmen erhalten. Viktor Kalinowski.



# UNTERHALTUNG UND WISSEN

## Vorher — hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

Andreas stand auf und ging erregt auf und ab. Er hatte sich das alles schon längst selbst gesagt, aber immer wieder sträubte sich etwas in ihm gegen das klare Eingestehen, daß seit Monaten alles verloren war. Denn dieses Eingestehen sagte die Erkenntnis in sich, daß das ganze Volk seit Jahren, wenn nicht von Anfang an, belogen und betrogen worden war. Ihm fiel das quälende „Warum?“ ein, das ihn in die Wirrnisse des letzten Tages in Tremplin gestürzt hatte.

„Und was wird werden?“ fragte er kurz und stellte sich vor den schmauchenden und passenden Kameraden. „Ich halte die Ludendorfsche nicht für so verrückt, daß sie abwarten, bis wir alle die Hand an der Gurgel haben und die Granaten Köln und Essen und Frankfurt zertöppern. Dann kann machen die Soldaten nicht mehr mit. Karl Majella auch nicht mehr. Manster Unsin ist in den Jahren genau gemacht worden. Wir werden bis zu unserm letzten Lebensende daran zu knappen haben. Du und ich und alle, die für nichts und wieder nichts hier draußen auf allgemeine Kosten ihre schönsten Jahre — so sagt doch der Geheilte? — verbummelt und verliedert haben. Wo: Sie machen vorher Schluß. Was auf! Jetzt werden sie auf einmal um den Frieden winkeln, den sie schon lange haben konnten. Zu Weihnachten bin ich zu Hause. Wenn der Krieg nicht gekommen wäre, hätte ich jetzt mein eigenes Häufel. Nun sind die Spargroschen aufgebraucht worden. Was sollte die Alte mit den Kindern machen? Hungern? Die Schieber haben ja geschneit. Untereiner?“

„Weihnachten daheim?“ sagte Andreas leise vor sich hin. In seinem Gesicht stand ein verlorenes Träumen. Majella beobachtete ihn lange. Dann erhob er sich langsam und stellte sich vor Andreas.

„Den Zahn laß dir auch ziehen, Andreas“, meinte er gutmütig. „Du träumst doch gerade vom schönen, frohen, glücklichen, goldenen Frieden? Nicht?“

„Du hast recht, Karl. Mir ging etwas durch den Kopf.“

„Nochmals, Andreas: Der Zahn laß dir bestimmt ziehen. Schon von mir. Ich kenne den Salat... Ich hab' mal einen verunglückten Streik mitgemacht. Wir wollten zwei Pfennig mehr in der Stunde und bekamen hernach zwei weniger. Keiner wollte an der Niederlage schuld sein. Die Gewerkschaftsführer schoben die Schuld auf uns: Mangelnde Solidarität, nicht genügendes Anhalten, unzureichende Organisation, Schlappeheit gegen die Streikbrecher und sonst noch so buntes Zeug. Und wir, die Geprügelten, schimpften auf die ungeschickte Führung, schlechte Taktik, Nachgiebigkeit und dergleichen. Die Bonzen behielten recht, denn sie konnten besser reden, hatten die Presse und unsere Frauen für sich. Denn die haben uns auch nichts geschenkt: Statt mehr Lohn weniger Wirtschaftsgeld. Und mit dem Kriege, ich sag' dir, genau derselbe Laden. Auf uns wird man alles aufpacken. Wir sind im Innern die Roten, gewiß, aber die Herren tragen ihre breiten roten Streifen und Aufschläge nach außen, haben das Geld und die größere Schnauze. Die werden uns dumm machen. Aber eins kann ich dir sagen: Ich bin ein friedlicher Mann, gewerkschaftlich gut erzogen, hab' nie in meinem Leben zu Gewalttätigkeiten geneigt, doch darin nehme ich keinen Spaß, der erste von diesen Quadratschnauzen mit roten Beinen, der mir in die Quere kommt und sagt, wir Reichsten hätten nicht unsere Pflicht getan und wir wären schuld, kriegt eins in die Presse, daß er sich dreimal trudelt. So wahr ich Karl Majella heiße. Wenn du also einmal hörst, daß sie mir ein paar Monate wegen Körperverletzung ausgebrocht haben, dann weist du, daß ich das nicht verdient habe. So... Und jetzt werde ich mich mal um meine Leute kümmern.“

Er klopfte wieder sehr umständlich die Schapfseite aus, verstaute Pfeife, Zigaretten und Notizbuch in seiner hinteren Rocktasche und trollte sich in die Scheune. Andreas ging nach der Kompanie, um Neues zu erfahren. Dort hörte er unverständliches Zeug über eine neue Regierung, die gebildet worden sei und an deren Spitze Ebert stehe. Er begriff die Zusammenhänge nicht.

Als er Majella die Neuigkeit mitteilte, piffte dieser übermäßig durch die Zähne. „Das geht ja schneller, als ich gedacht habe“, meinte er dann, doch etwas lebhafter als sonst. „Ebert? Den hab' ich schon gehört. Das ist einer von der besten Sorte...“

„Was für einer?“

„Ein Sozialdemokrat!“ erwiderte Majella stolz, „von meiner Partei.“

„Und?“

„Wenn sie den geholt haben, muß die Rot groß sein.“

„Das Wasser bis zum Hals?“

„Nicht anders.“

„Und was soll der jetzt?“

„Schluß machen mit der Kapballerei!“ vernickelte gelassen Majella. „Das ist doch das einzig Vernünftige, was jetzt noch zu machen ist.“

„Und die anderen brüden sich?“

„Hast du das anders erwartet?“

„Ja!... Nur bei allen Dienstobliegenheiten...“ stierte Andreas.

„Die Dündeberger sind immer oben und nicht unten.“

„Und wird's kein Ebert schaffen?“

„Dem?“ fragte gutmütig Majella. „Von diesen Dingen verstehe ich zu wenig.“

„Die ich dich kenne, versteht du mehr wie ich. Du bist bloß noch nicht in die richtige Verfassung gekommen. So ein...“

verhandlungen einleiten. Niemand wollte daran glauben. Ungläubige freuten sich wohl, aber die Freude war eigenartig gedrückt und verstickt.

Von der nahen Front hörte man immer noch die Artillerien aller Kaliber. Flieger stoben durch die Luft und die Wollen wie alle Tage. „Großer Schwindel!“ urteilten die Leute, „morgen sind wir wieder in der dicksten Tulle.“

Die Offiziere ließen sich wenig sehen. Das Essen war mit mehr Speck und Fleisch hergerichtet als sonst. Es gab einen Viertelstündlichen Motte. Der Kompaniechef, der sich sonst immer seinen Zug Erben auf die Schreibtische bringen ließ, trat selbst in Reich und Glied bei der Gulaschkanone an. Er versicherte immer und immer wieder, daß Punkt zwölf Uhr die Einstellung aller Feindseligkeiten erfolge. Das Regiment käme unter seinen Umständen mehr nach vorn.

„Schwindel!“ erklärte der... hier Klose und stieg dem Gefreiten die Faust gegen den Nacken. „Weihnachten 1914 sollte das erstmal Schluß sein. Und?... Geh?“

Der Kompaniechef nahm den Stok geduldig hin, drehte sich um und reichte Klose das Zigarettennetz hin: „Gang zu!“

„Donnerwetter!“ meinte Klose verblüfft. „Es wird doch ernst! Du... ich nehm' mir noch eine als Friedensspende...“

„Nimm doch alle!“ sagte der Gefreite und trabte los. Keiner der Leute ging in die Scheune. Man würgte die Erbsen herunter, sah nach der Uhr, stopfte einen Kranten Brot hinterher, sah wieder nach der Uhr, rauchte, verglich die Zeit, sah gegen den Himmel, ob Krieger schwirrten, legte das Ohr auf den Erdboden, horchte, lautete Vermutungen aus, äußerte Zweifel, ging auf das Feld, das ein wenig anliegend, aber keine weite Fernsicht bot, stritt sich, schrie auf: „Jetzt ist's zwölf Uhr!“

„In drei Minuten!“ schrie ein anderer aufgeregt. „Meine Uhr geht genau!“

„Eine Minute drüber!“

„Deine Zwiebel!“

„Die läuft auf achtzehn Rubinen.“

„Hört ihr was?“

„Es hämmert noch.“

„Das ist in der Küche!“

„Verrückt!“

„Nichts zu hören...“

„Hör auf die Erde legen...“

„Nichts!“

„Nichts!“

Die auf dem Felde Stehenden kamen nach der Comagne Terme.

„Keine Einschläge mehr...“

„Wirklich?“

„Keine Rauchwolken.“

„Verdammt!... Wirklich?“

„Du...“

„Wenn das wahr wäre! Wenn...“

„Und was kommt nun?“

Der Kompaniechefweibel Knaack kam auf den Hof gelaufen. Er hatte nicht einmal die Mühe auf.

„Waffenstillstand! Waffenstillstand!“ schrie er. „Die Scheiße hat ein Ende.“

Die Leute mochten den Feldweibel gut leiden. Es war bekannt, daß er einigen Kompanieführern, die jeweils neu zur Kompanie gekommen waren, die Herausgabe von Mannschaftrationen an Butter und Fleisch für die Offiziersküche entschrieben verweigert hatte. Das rechnete man ihm hoch an. Mehr noch, daß er selbst nichts Besondere und Besseres für sich beanpruchte.

(Fortsetzung folgt.)

## Dem alten Arbeiter.

Du hast den Fluch der Zeit — das Unrecht — auf den Rücken und auf der faltenreichen Stirn getragen. Du standest bereit, um andre zu beglücken mit deiner Kraft, du hattest recht zum Magen. Nun gehst du, Alter, schlafst im Särritt daher, die Pflicht war Tod, dein Lohn war wenig mehr.

In aller Frühe schon, wenn es noch klang nicht lagte, und unter blauen Sternen deine Pflicht begann, ichlug dich die Fremde, die jeden Tag dich plagte mit kalten Händen immer wieder an. Du hattest keine Ruhe, heute hast du Frieden, doch morgen heißt es: Von der Welt geschieden.

Dein Leben war ein Fluch, ein langer Weg voll Dornen von Wölfen unter Menschen hingestreut. Ein graues Tuch der ewig arm Gebornen, die längst ihr Dasein hundertmal bereut, wenn nicht die Hoffnung war, daß unsre Kraft vermag zu ändern dies Geschick mit einem Schlag.

Das ist die Hoffnung, die uns noch bejehet: einst wird dies Werk, an dem wir bau'n, gelingen, und was uns heute noch an Zeit und Freuden fehlt, einst werden wir auch dieses noch erzwingen. Denn wir sind Tot, sind Zukunft und sind Nicht, wir sind Beschützer roter Fahnen. Wir sind wie du, mein Alter, voller Ahnen, daß einst dies Joch in unsrer Hand zerbricht. W. Bod.

## Dänemark-Reise.

Die Zahlstelle Dresden des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands führte in der Zeit vom 31. August bis einschließlich 7. September 1930 die schon vor Jahren geplante Reise aus.

Gerade für die Fabrikarbeiter, die am mühevollsten ihren karglichen Lohn verdienen müssen, ist die richtige und zweckentprechende Verwendung des Urlaubes eine Notwendigkeit. In schlechteren Räumen, in hygienisch nicht einwandfreien Behältnissen, in Gütthütten aller Art müssen die Fabrikarbeiter während des Urlaubes ihre Gesundheit zu Markte tragen. Die Zeit des Urlaubes ist fast die einzigste Möglichkeit, die zerstückelte Gesundheit oder den abgespannten Körper wieder so zu regenerieren, daß er neuen Anforderungen an das Arbeitstempo in schlechterer Luft usw. gewachsen ist.

Weiterorganisationen sind deshalb schon seit langer Zeit dazu übergegangen, für verhältnismäßig geringe Unkosten ihren Mitgliedern möglichst viel zu bieten. Was sich der einzelne der zu hohen Kosten wegen versagen muß, gelingt einer größeren Zahl vereinigt in Form einer Gesellschaftsreise. Solche Reisen haben nicht nur den Zweck, die Gesundheit zu fördern, sondern auch den Arbeitergeist zu heben. Durch Reisen in andere Länder, durch Kennenlernen der dortigen Verhältnisse, wird der Blick geschärft für das, was bei uns noch fehlt, wo der Hebel anzusetzen ist, um das Fehlende zu erreichen.

Um die Reise in der gedachten Art und Weise durchführen zu können, setzte sich die Zahlstellenleitung mit der Bruderorganisation, dem „Dansk Arbejdsmands Forbund“ in Kopenhagen, in Verbindung, und von dort wurde in liebenswürdigster Weise zugesagt, unsere Kolleginnen und Kollegen, so gut es geht, aufzunehmen, und ihnen all das zu zeigen, was an Gutem vorhanden ist. Unseren dänischen Genossen den herzlichsten Dank dafür, daß sie es in ausgezeichnetester Weise verstanden haben, uns den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.

Nach eintägigem Aufenthalt auf der Insel Rügen wurde die Fahrt über Trälleborg, Malmö nach Kopenhagen fortgesetzt. Nach der Ankunft in Kopenhagen schloß sich eine Rundfahrt durch die Stadt an, die uns einen Einblick gewährte in das Leben und Treiben und Arbeiten der dänischen Einwohnerschaft.

Die dänischen Kolleginnen und Kollegen, die sich bereit erklärt hatten, uns in Quartier zu nehmen, waren rechtzeitig zur Stelle, und wenn es auch sprachlich manchmal nicht recht klappen wollte und viel humorvolle Redewendungen in die Erscheinung traten, so wurde doch recht bald eine Verständigung herbeigeführt. Die dänische Bevölkerung versteht in viel größerem Prozentsatz Deutsch, als umgekehrt die deutsche Bevölkerung Dänisch versteht. Es bewegt uns recht eigentümlich, von den dänischen Genossen zu hören, daß in den dänischen Schulen Deutsch gelehrt wird. Daß in deutschen Schulen (Volksschulen) Dänisch gelehrt wird, ist mir nicht bekannt geworden. Schon daraus kann man ersehen, daß es durchaus nichts schaden würde, wenn man die Kinder mit den Sprachen der benachbarten Nationen bekanntmachen würde.

Eine Hafenrundfahrt zeigte uns den Handel Dänemarks. Große Kohlendampfer wurden ausgeladen; Ueberseedampfer brachten ihre Erzeugnisse. Auch deutsche Handelsdampfer zeigten uns, daß Dänemark mit Deutschland in recht guter Handelsverbindung steht, und es wäre zu wünschen, auch im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, daß diese Verbindungen noch besser ausgebaut würden und nicht, wie gegenwärtig, verschlechtert werden. Der Hafen Kopenhagens gehört wohl zu den schönsten, die es in Europa gibt. Auch das Hafengebäude selbst wird für die Teilnehmer unvergänglich bleiben.

Besichtigt werden konnte die Arbeiterbrauerei „Stjernen“ (Die Sterne) und die Arbeitermolkerei „Enigheden“ (Die Einigkeit). Beide Betriebe sind Einrichtungen der organisierten dänischen Arbeiterschaft, und ist in ihnen hygienisch, technisch und gesundheitlich alles das zur Durchführung gebracht, was das Arbeitsverhältnis günstig gestalten kann. Auch die Entlohnung der dort Beschäftigten ist, den dänischen Verhältnissen entsprechend, gut. Die Lebensmittel sind im Preise bedeutend niedriger als bei uns. Vor allen Dingen bei Fleisch, Milch, Butter und ähnlichen wichtigen Nahrungsmitteln für die Arbeiterschaft, waren die Preise zum Teil um die Hälfte geringer als die unsrigen. Der Lohn ist aber, gegenüber dem Lohne in Deutschland, bedeutend höher. Daraus schlußfolgert auch, daß der dänische Arbeiter eine viel bessere Lebensweise aufweisen kann als der deutsche.

Auch städtische Einrichtungen konnten besichtigt werden. In Kopenhagen ist ein großzügig angelegtes Altersheim, genannt „Die Stadt der Alten“. Auch hier war maßgebend, den alten Leuten das Heim so wohnlich wie nur möglich zu gestalten. Bezüglich der leiblichen Bedürfnisse wurde alles getan, um den einzelnen Wünschen der alten Leute gerecht zu werden. Konzerte und ähnliche Veranstaltungen werden regelmäßig für die Alten dort vorgeführt.

Auch in Helsingör, einer kleineren Stadt Dänemarks, wurde eine ähnliche Einrichtung besichtigt, und auch hier fand man dieselben Voraussetzungen wie in Kopenhagen.

Die Stadtverwaltung Kopenhagens liegt in den Händen von 5 Bürgermeistern und 5 Stadträten. Von diesen sind 4 Bürgermeister und 4 Stadträte sozialistisch, und man merkt überall, auch beim Wohnungsbau, auf den Sportplätzen und sonstigen der Gesundheit dienenden Anlagen, die sorgende Hand dieser sozialistisch eingestellten Verwaltung. Die dänische Arbeiterschaft ist, prozentual betrachtet, viel besser organisiert als die deutsche. Politisch leidet die dänische Arbeiterschaft nicht unter der Zerissenheit, wie wir in Deutschland, und bei der Abschiedsfeier, die die dänischen Genossen durchführten, wurde durch den Genossen Robert Nielsen der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß es der deutschen Arbeiterschaft möglichst bald gelingen möchte, die Geschlossenheit und Einheitlichkeit wie vor dem Kriege wieder herbeizuführen.

Die wenigen Tage des Aufenthaltes genügten, um ein enges Band der Freundschaft zu knüpfen. Verständlich ist, daß der Wunsch eines Gegenbesuches in Deutschland immer und immer wieder zum Ausdruck kam. Unseren Teilnehmern wird die Reise in dauernder Erinnerung bleiben; hat sie ihnen doch gezeigt, daß über die deutschen Grenzen hinaus der Gedanke der Brüderlichkeit, der gegenseitigen Solidarität fest Wurzel gefaßt und praktisch durchgeführt wird. Unsere Teilnehmer haben gesehen, daß man mit Hilfe eines gut organisierten Zusammenschlusses die Lage der arbeitenden Klasse wesentlich heben und bessern kann, und deshalb wird die Lehre aus dieser Reise gezogen werden können, bei uns sich dafür einzusetzen, das, was bei uns noch fehlt, nachzuholen.

Unseren dänischen Freunden, Genossen und Kollegen und deren Frauen und allen anderen, die mitgeholfen haben, uns die Tage in Kopenhagen so schön zu gestalten, sei an dieser Stelle nochmals recht herzlich gedankt. Vor allen Dingen richtet sich unser Dank an unsere Bruderorganisation, dem „Dansk Arbejdsmands Forbund“ in Kopenhagen.

Hoffen und wünschen wir, daß das organisatorische und freundschaftliche Band sich noch fester schlingen möge um die Arbeitenden aller Länder der Erde.